

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Bethe, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringertoch) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 2 Kreuzb. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 resp. 3.00 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf.; Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Insektionsgebühr: die sechsgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 876.

Nr. 197.

Magdeburg, Donnerstag den 24. August 1905.

16. Jahrgang.

Die Reichstags-Duma.

Der Zar kann seine „Gostudarstwenmaja Duma“ einberufen wann er will, nach Hause schicken wann er will, und wenn die Duma nach der ihr zugemessenen Zeit das vorgeschriebene Pensum an Gesetzen nicht pünktlich abliefern, dann wird einfach ohne sie regiert. So steht im Manifest des Zaren in dürren Worten zu lesen. Die deutsche Reichsverfassung behandelt diese Dinge ein wenig vorsichtiger; trotzdem wird der deutsche Reichstag ganz nach der Theorie des Robjedonoszew behandelt. Man fürchtet ihn wie die arme Seele das Fegefeuer; man geht ihm aus dem Wege, wo man kann und solange man kann.

Jetzt wendet sich eine offiziöse Notiz der Berliner „National-Zeitung“ gegen die Forderung, daß der Reichstag ehestens einberufen werden müsse. Fällt ihnen gar nicht ein! Die regierenden Herzen sind todfröh, wenn sie die lästige Kontrollinstanz für einige Zeit los sind; wenn dann der Reichstag mit den Arbeiten, die man ihm nach seiner möglichst späten Einberufung haufenweise zuschiebt, nicht bis Ostern oder spätestens Pfingsten fertig wird, so schiebt man die Schuld auf die Sozialdemokratie und ihre „überflüssigen Reden“.

Darum setzt die „National-Zeitung“ sehr gemächlich auseinander, daß zu einer verfrühten Einberufung des Reichstags gar kein Grund vorliege, da eine Ueberfälligkeit des südwestafrikanischen Expeditions- etats nicht stattgefunden habe und auch vorläufig (vorläufig!) nicht in Aussicht stehe. Was aber Ostafrika betreffe, so werde zunächst auf das Marineexpeditionskorps zurückgegriffen, wozu eine Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich sei. Sollte für Ostafrika eine Etatsüberfälligkeit notwendig werden, so sei der Reichskanzler nicht nur selbst der Ansicht, daß dann zuvor eine Einberufung des Reichstags notwendig sei, sondern er habe auch alle ihm untergeordneten Beamten strengstens angewiesen, alles zu vermeiden, was irgendwie die Rechte des Reichstags verletzen könnte.

Danach könnte man annehmen, daß die Einberufung des Reichstags bevorstehe, sobald der Reichskanzler es für notwendig halten werde, zur Niederwerfung des ostafrikanischen Aufstandes außerordentliche, im Etat nicht vorgesehene Mittel aufzuwenden. Indes ist es schon heute klar, daß der ostafrikanische Aufstand in den Etat der Schutzgebiete ein ganz bedeutendes Loch reißen wird; es läge also für den Reichskanzler jetzt schon Veranlassung genug vor, dem Reichstag jene Vorlagen zu machen, die, vom Standpunkt unserer Kolonialfreunde aus gesehen, „unvermeidlich“ sind. Wenn wir aber unsere Regierung richtig kennen, so würde sie lieber Ostafrika verlieren — was im Grunde kein Schade wäre — als den Reichstag zu ungewohnter Zeit einberufen und dadurch dem Prinzip des Konstitutionalismus ein ernstliches Zugeständnis machen.

Es sind nicht die „alten Wirren“ und die mit ihnen verbundenen „vorläufig“ wie nachläufig zu erwartenden Ueberforderungen des Etats, die eine frühzeitige Einberufung des Reichstags notwendig machen. Denn der Reichstag wird in dem kommenden Arbeitsjahre mit Geschäften ohnehin überlastet sein. Neben dem Etat wird er auch Gesetzentwürfe von prinzipiell einschneidender Bedeutung, wie die Lottenvorlage und die Reichsfinanzreform, zu erledigen haben. Aber auch in diesen Punkten hält sich die Regierung an die bewährte Methode, ihre Vorlagen möglichst lange geheim zu halten, um sie dann so geschwind wie möglich durchzupeitschen. Den Volksmassen soll möglichst wenig Zeit und Gelegenheit gegeben werden, die Gesetzentwürfe zu diskutieren und die Haltung ihrer Vertreter zu beeinflussen.

Gerade jetzt streiten wieder die „Rölnische Volkszeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ über den Inhalt der bevorstehenden Finanzreformvorlage. Das rheinische Zentrumorgan erzählt „von gut unterrichteter“ Seite, daß dem Reichstag als Kern der Finanzreform nicht die Erbschaftsteuer (die ja längst abgetan ist. D. Red.), sondern „eine recht gefalgene Tabaksteuer“ vorgelegt werden soll, die auf einen Mehrertrag von 50 bis 60 Millionen jährlich zugeschnitten sei. Dagegen wird dem Berliner Agrarierblatte mitgeteilt, es stehe überhaupt noch nicht fest, was dem Reichstag als Kern der Finanzreform vorgelegt werden würde, da sich der Bundesrat mit der Sache noch nicht beschäftigt habe. Es sei zweifelhaft, ob überhaupt die Tabaksteuer erhöht werden würde; keinesfalls aber werde diese Erhöhung so groß sein, wie die „Rölnische Volkszeitung“ annehme.

Der Stein der Weisen ist also noch immer nicht gefunden. Man braucht ein paar hundert Millionen jährlicher Meh-

einahmen, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und es wird weder die Erbschaft, noch das Einkommen, noch das Vermögen, noch der Tabak, noch das Bier höher besteuert werden. Man wird den Reichen nichts wegnehmen und die Armen schonen. Wie das gemacht werden soll, ist freilich rätselhaft, sofern nicht Herr v. Stengel in den Ferien die Goldmacherkunst erlernt haben sollte.

Gegen eine Politik der Ueberrumpelung und Ueberfälligkeit muß sich das Volk schützen, indem es jetzt schon gegen alle Angriffe auf seine Taschen den Widerstand organisiert. Die Kämpfe im Reichstag werden desto heißer werden, auf einen je kürzeren Zeitraum sie die Staatskunst unsrer Regierenden zusammendrängt. Wenn der Reichstag spät anberufen wird, so kann darum die Aufklärung über seine bevorstehende Arbeit nicht früh genug einleiten. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 23. August 1905.

Der Beutezug der Agrarier.

In ähnlicher Weise wie der preussische Landwirtschaftsminister hat jetzt auch die bayerische Regierung zur Frage der Fleischnot Stellung genommen.

Sie erklärt zwar die Beschwerden über die hohen Fleischpreise, insbesondere des Schweinefleisches, für begründlich, wendet sich aber dagegen, daß die ungenügende Leistungsfähigkeit der inländischen Viehzucht und das Vieheinfuhrverbot dafür verantwortlich gemacht würden. Insbesondere lehnt sie die sofortige unbeschränkte Öffnung der Grenzen ab. Zugleich wird, daß seit Monaten eine Knappheit an Schlachttiere besteht, aber dieser ungünstige Zustand nur vorübergehend. Eine Öffnung der Grenzen für die Schweineinfuhr, die übrigens nur von der Reichsleitung verfügt werden könne, sei wegen der tatsächlich bestehenden erschreckenden Seuchengefahr angesichts der großen Viehzucht in Ungarn und Italien unmöglich. In Oesterreich selbst bestehe durchaus kein Ueberfluß an Schweinen, es müsse also auf die Leistungsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft gerechnet werden.

Der Schweinehandel verschärft augenblicklich die mangelnde Lage. Im übrigen stiegen alljährlich die Fleischpreise gegen den Sommer zu, um mit Zunahme des Mastgeschäfts wieder zu sinken.

Die bayerische Regierung ist in den Händen des agrarischen Zentrums. Selbst wenn sie wollte, dürfte sie sich gegen die agrarischen Beutezüge nicht auflehnen. —

In Ober-Sachsen wird die Not dertweil immer größer. Die Bürgermeister haben eine zweite Petition an den Reichskanzler geschickt, der sich in Verantwortung der ersten „außerstande“ erklärte, dem Schweinezüchter Bodbielski ins fleischvertuernde Handwerk zu geraten. Die Bürgermeister ersuchen nun, dem gesamten preussischen Staatsministerium ihre Eingabe zur Entscheidung vorzulegen.

Der Versuch der Viehzentrale, der Fleischnot abzuhelfen, sei mißlungen. Die erste Eingabe sei schon am 5. Juni an den Minister abgegangen, und bis heute sei für die Interessen der Konsumenten noch fast nichts geschehen. Die Unzufriedenheit sei auf das äußerste gestiegen, der Fleischgenuß in der Arbeiterschaft um 30—35 v. H. gesunken. Eine Grubenverwaltung bezöge bereits die Fleischabfälle aus Konserverfabriken. Dabei wachse die politische Gefahr, der Minister des Innern habe daher die Petitionen beantwortet, aber ohne Erfolg.

Die Bürgermeister möchten die Lage gern mündlich schildern. Bernhard Bülow wird keine Zeit haben.

Die Agrarier herrschen und sämtliche bürgerliche Parteien haben ihnen in den Sattel geholfen. Ihre Anhänger sollen sich daher über die Hungerpeitsche beklagen, die die Reiter über die Konsumenten schwingen?

Wenn der Magen auch knurrt, werden sie in edler patriotischer Wallung doch rufen: nieder mit der Sozialdemokratie! —

Konto K.

Gestern haben wir die Notiz wiedergegeben, daß der Herzog Ernst Günther, der Schwager des deutschen Kaisers, bei seiner kommissarischen Vernehmung auf Schloß Brimkenau erklärt habe, er stehe zu dem berüchtigten Konto K. der Kommerzbank in keiner Verbindung. Das Beweisverfahren in dem Beleidigungsprozeß, den der Herzog gegen den verantwortlichen Redakteur der verflorenen „Berliner Zeitung“ angestrengt hat, ist damit in seiner Hauptsache erledigt.

Es kommt wieder einmal anders, als man vordem glaubte. Als die Bogen des pommerischen Panamakandals hochgingen und bis an die Giebel hochfürstlicher Schlösser spritzten, schwor die bürgerliche Presse, es werde keine Ruhe

geben, als bis die letzten Geheimnisse dieses ungeheuerlichen Skandals restlos enthüllt seien. Die „Berliner Zeitung“ nannte — einem Gerücht folgend, das zuerst von dem Hofpredigerblatt, dem „Reichsboten“, in vorsichtiger Form kolportiert und dann von der „Mündener Post“ niedriger gehängt worden war — den Schwager des Kaisers als den vermutlichen Empfänger jener geheimnisvollen 325 000 Mark, über die der Freiherr v. Mirbach quittiert, die er aber nach seiner zeugeneidlichen Aussage nicht erhalten hatte. Darauf antwortete der Herzog in einem sehr tapferen und sehr anständigen Brief an die „Rölnische Zeitung“, worin er ausführte, er habe mit dem Freiherrn v. Mirbach nichts zu tun und habe seine Schwester, die Kaiserin, vor dem Erbein der Hofbankiers gewarnt. Den Prozeß strengte er an, nicht um einen Redakteur zu treffen, der an der Entstehung des Gerichts unschuldig sei, sondern vielmehr, um vor Gericht festzustellen, wer eigentlich der Empfänger der verschwundenen Hofbankgelder gewesen sei.

Dieser löbliche Eifer des Herzogs Ernst Günther scheint leider mit dem Lauf der Zeit eine sehr bedeutende Abkühlung erfahren zu haben. Sein herzogliches Versprechen, er werde in diese sehr aufhellungsbedürftige Angelegenheit, um die sich merkwürdigerweise die Behörden gar nicht gekümmert haben, volles Licht bringen, hat er bei seiner kommissarischen Vernehmung leider nicht eingelöst. Die Wahrheit ist nicht mehr auf dem Marsche, sondern sie hat bereits den Rückzug auf Schloß Brimkenau angetreten; das ganze Resultat dieser mit so viel Pomp eingeleiteten Aufklärungssache wird am Ende der Marsch eines Redakteurs nach Ploßensee oder Tegel sein.

So marschiert doch wenigstens etwas. Der Rest ist dann Schweigen. Denn wahrheitslüstern ist die deutsche bürgerliche Presse immer nur dann, wenn es sich um — ausländische Skandale handelt. —

Schuld und Sühne.

In Berlin stand dieser Tage ein Mann vor seinen Richtern. Er hatte ein braves Mädchen verführt und betrogen und hatt sich dann schleunigst aus dem Staube gemacht, als sie sich als Mutter zu fühlen begann. Von ihren Eltern verstoßen, rathlos, verzweifelt, wendet sich die Unglückliche an die Verwandten ihres Verführers und erfährt hier Verständnis und freundliche Aufnahme. Ein Zufall will es aber, daß zur selben Stunde auch der Verführer im selben Hause erscheint, um seinen Verwandten — seine neue Braut vorzustellen. Die Verlassene tritt auf ihn zu mit der Frage, was nun aus ihr und dem Kind in ihrem Leibe werden solle. Da hebt der Ehrenmann seinen Stoch und schreit: „Belästigen Sie mich nicht, sonst schlage ich Ihnen den Schädel ein!“

Der Staatsanwalt beantragte 2 Wochen Gefängnis. Und dann sprach der Gerichtsherr sein Urteil: zu 20 Mark Geldstrafe! Es sei nicht seine Sache, führe der Vorsitzende aus, das Verhalten des Angeklagten von der moralischen Seite zu beleuchten; der Angeklagte sei bisher unbescholten, darum erweise eine kleine Geldstrafe als angemessene Sühne.

Nehmen wir einen andern Fall. Denken wir, der Angeklagte wäre ein wirklicher Ehrenmann und nebenbei Soldat gewesen. Ein Unteroffizier hätte sich nun gegen das Mädchen unziemlich betragen, und der Angeklagte hätte gerufen: „Belästigen Sie meine Braut nicht, sonst schlage ich Ihnen den Schädel ein.“ Der Angeklagte hätte in diesem fingierten Fall ebenso ehrenhaft und sittlich einwandfrei gehandelt, wie er sich in Wirklichkeit insam und schuldig betragen hat. Was wäre das Resultat gewesen? Ein paar Jahre Zuchthaus!

Und nehmen wir einen dritten Fall. Ein Arbeiter, der sich von seinem schimpflichen Treiben durch glückliche Zurede hat abbringen lassen und Streikunterstützung empfangen hat, will sich abermals als Streikbrecher anwerben lassen. Da sagt ein entrüsteter Kamerad zu ihm: „Wenn du dein Wort brichst, schlage ich dir den Schädel ein.“ Ein begreiflicher Temperamentsausbruch — aber nur wird den Arbeiter, der sich zu einer solchen Aeußerung hinreißen läßt, sittlich auf eine Stufe stellen wollen mit einem Schurken, der ein betrogenes Weib, sein unschuldiges Kind als Opfer, mit dem Schädel einschlagen bedroht? Was aber würde hier das Resultat sein? Nach norddeutscher Spruchweisheit mindestens ein halbes Jahr Gefängnis.

Das sind keine phantastischen Annahmen, sondern nüchterne Feststellungen der Wirklichkeit.

Resümieren wir also: der Soldat, der als vollkommener Ehrenmann handelt, wird zu Zuchthaus verurteilt; der Arbeiter, der gleichfalls als Ehrenmann handelt und höchstens

die geringe Verfehlung begeht, kommt ins Gefängnis, der absolute Schuft kommt mit einer geringen Geldstrafe davon. Das ist die Stufenleiter der bürgerlichen Gerechtigkeit! Mähdenshälber sind bedeutend billiger als Streichhacker, oder gar Unteroffiziershälber. Den geringsten Schutz hat, wer sich am wenigsten selbst zu schützen instande ist, und die stillste Tat erhält die höchste Strafe.

Das Konzil zu Straßburg.

Aus Straßburg wird uns vom 21. August geschrieben: Das Hauptparabesid des Katholikentags ist vorüber, und noch immer ist in Straßburg alles schwarz. Gestern stand der offizielle Begrüßungsabend noch völlig unter seinem Zeichen, als die verschiedensten Ansprachen in begeistertem Kathos gehalten wurden. Sympathisch wirkte nur die des Vertreters der Stadt, der in würdevollem Ton den Katholikentag ermahnte, tolerant zu sein! Heute begannen die Verhandlungen. Am Morgen fand im Sängersaal eine geschlossene, am Nachmittag in der Festhalle eine öffentliche Versammlung statt. So soll es täglich gehandhabt werden. Der Unterschied zwischen den beiden Versammlungsarten besteht lediglich darin, daß in den geschlossenen Versammlungen Anträge der Ausschüsse begründet und einstimmig angenommen werden, während in den öffentlichen Versammlungen bekannte Merkmale gelehrt worden ohne Diskussion hatten. Interessant müssen demnach die Ausschüsseberatungen sein, und es ist deshalb wohl auch kein Zufall, daß am Begrüßungsabend einige bedeutende Bewohner der Präsidialtribüne dem Vorsitzenden der Preßkommission unaufhörlich soufflierten, als er heinahe die Unvorsichtigkeit begangen hätte, zu sagen, die Vertreter der nicht-merikanischen Presse seien auch zu den Ausschüsseberatungen zugelassen.

In das Bureau wurden heute gewählt als Vorsitzender Erbprinz zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, als erster Vize-Vorsitzender Abg. Landgerichtsrat Wellstein-Franfurt a. M. und als zweiter Vize-Vorsitzender Graf Andlau-Stobheim. Der Vorsitzende macht seiner Erziehung nach seinem Titel mehr Ehre als seinen verschiedenen ominösen Namen. Vom Scheitel bis zur Sohle ist er jenseitig, in einem Grad vom modernsten Schnitt, den Schnurbart nicht mehr a la Gaby, sondern englisch gefügt, so präsentiert sich der elegante Vorsitzende, der den asiatischen Ermahnungen des Abg. Gröber begeistert Beifall klatscht. Ihm ähnelt sehr der elastiische Graf Andlau, wenn er auch etwas weniger jugendlich aussieht mit seinem haarlosen Haupt. Der bekannte Abg. Wellstein dagegen erscheint als ruhiger, älterer Bürgermann von einiger Körperfülle — im ganzen nicht un-sympathisch. Drei Anträge wurden in der Morgen Sitzung erledigt: der erste betrifft die „römische Frage“ und verlangt ihre Regelung, „Römische Frage“, was ist das? wird mancher Leser fragen. Er sei dahin belehrt, daß es Leute gibt, die sich mit dem Zustand nicht abfinden können, daß der Heilige Stuhl nicht mehr der Thron eines Kirchenstaates ist und das weltliche Königreich Italien im Besitz der „ewigen Stadt“ sich befindet. So opportunistisch sind nun freilich die Antragsteller, an deren Spitze Abg. Prinz Arnberg steht, doch, daß sie keinen bestimmten staatsrechtlichen Vorschlag machen; nein, sie sind heischend und wünschen einen Zustand, dem der Papst zustimmt. Der zweite angenommene Antrag befürwortet Unterstützung des Afrikanerzweigs, der dritte Unterstützung des St. Raphaelvereins. Eine Diskussion fand nicht statt; nur beim ersten Antrag versuchte ein Haberner Rechtsanwalt namens Stieve, dessen Wohnort die Abschaffung der Partikularstaaten ist, diese Idee zu vertreten. Er wurde abgewimmelt.

In der Nachmittagsversammlung stellte sich zunächst Erbprinz zu Löwenstein als schneidiger Redner vor, der mit Vorliebe von dem akademischen „Kulturkampf“ spricht. Als er den Namen des Bischofs Bengler erwähnte, erscholl minutenlanges Weifall. Der Löwe von Mey war übrigens auf der Tribüne anwesend. Später hielt Abg. Gröber-Heilbronn einen Vortrag über die „Quellen und Segnungen des religiösen Lebens“. Der Glaubart, der hier von Asese sprach und das Verfinnen in den Materialismus beweinete, paßt seiner Erziehung nach nicht zu solchen Reden. Er erinnert an den Verbanntpolitiker, dem nichts fremder ist als diese vielgerühmte Enthaltensamkeit. Seine allgemeinen politischen Ausführungen über das Verhältnis von Staat und Kirche erweckten stürmischen Applaus, namentlich als er unter heinahe höhnerischer Berufung auf christliche Kaiserzeiten die Worte Wilhelm's 2. in Gnesen über Deutschland, Kultur und Freiheit zitierte. „Wir werden die Worte in Gnesen nicht vergessen!“ rief er aus, nachdem er als ihre Konsequenz die Zulassung der Jesuiten gefordert hatte. Als weiterer und letzter Redner trat Prälat Prof. Dr. Ehrhardi-Straßburg auf, der über „Die Bedeutung des Papsttums für Religion und Kultur“ sprach. Professor Ehrhardi ist zunächst in seinem Auftreten und seinem Vortrag Theologieprofessor, der in der Scholastik Reifer ist, aber auch ein temperamentvoller guter Redner, der diese seine Polemik gegen den Ex-Jesuiten Grafen Goensbroeck um so wirkungsvoller bei seinem Auditorium gestaltete, als er weder den Gegner noch dessen Buch über Papsttum und Kultur erwähnte.

Die Versammlungen sind alle überfüllt von Merikalen aus dem Elsaß und Baden, auf die die Verhandlungen eine starke Wirkung ausübten. In der übrigen Öffentlichkeit ist der Effekt — rein äußerlich.

Die Mehlereien in Grammitzsch.

Die Zahl Sigilien ist wieder einmal der Schauplatz einer blutigen Schlacht geworden. Die Zahl der Toten beträgt nach dem letzten Nachricht 18; außerdem ist eine große Anzahl schwer Verwundeter vorhanden und die Zahl der Verletzten überhaupt beträgt ca. 200. Zwei Mergle allein hatten 157 Verwundete in Behandlung.

Über die Ursachen dieser Schlachten wird jetzt durch den „Kant“ folgendes bekannt: Am 16. August verließ eine große Anzahl Landbewohner aus der Gegend von Grammitzsch ihre Heimat, um nach Nordamerika, Argentinien u. s. w. auszuwandern. Ihre Landstrasse hatten sie nach dem Besahof begleitet. Auf der Rückkehr zog die Kasse nach dem Hauptplatz des Ortes, wo sich das Rathaus, das Postamt, die Arbeitskammer, fast alle öffentlichen Gebäude der Stadt befinden. Hier wurde eine Versammlung abgehalten und mehrere Redner sprachen gegen die Erhöhung der Steuern. Die Erheber der Polizeigebühren des Ortes, Bäckers, ausgenommen von einer Seite, an der Seite eines ganzen Trupps von Polizeibeamten und Gendarmen. Diese mehrere Aufkündigung oder Verwe-

nung ließ er die Gendarmen mit gezogenem Säbel auf die Menge einhauen. Ein Schrei der Enttäuschung ging durch die Masse; in das Gemäuer der Verwundeten mischte sich das Geschrei der kleinen Kinder. Unter den Verwundeten befanden sich auch 3 a. h. Die Frauen wurden von einer unbegreiflichen Wut erfaßt und sammelten Steine, um sie gegen die Gendarmen zu schleudern. Diese zogen sich zurück. Es wurden neue Reden gehalten und es erscholl der Ruf „Nach dem Kasino!“ Hier brang die Menge ein, indem sie die verschlossenen Türen einschlug und auch im Innern Fische, Stühle und anderes Mobiliar zertrümmerte. Der lang aufgeschleppte Kopf der Landbewohner gegen die Magistrats- und Präsidialbehörden, in denen sie ihre Bedrückter sehen, war durch die Provokation des Polizeichefs zum Ausbruch gekommen und drängte nach einer Verdrückung.

Mittlerweile hatte der Polizeichef Militär requiriert und befahl, in die Menge zu schießen. Der Leutnant hob den Säbel in die Höhe, womit er seinen Soldaten andeutete, sie sollten in die Höhe über die Köpfe der Menge hinwegschießen. Das taten diese. Der vor Wut fast toll gewordene Polizeichef Mallico schrie den Leutnant an, daß er allein die Verantwortung trage und befahl den Soldaten von neuem, und zwar auf die Köpfe der Masse zu schießen. Die Soldaten gehorchten und das Resultat war ein geradezu entsetzliches, gegen 200 Tote und Verwundete bedeckten, in ihrem Blute schwimmend, den Platz. Von diesen sind bisher 18 ihren Wunden erlegen.

Der „Kant“ hat den Abgeordneten Todeschini nach Grammitzsch geschickt, um eine Untersuchung anzustellen; auch der Genosse Deselice, der bekannte Vorgesetzte von Catania (Grammitzsch liegt in der Provinz Catania) hat sich nach dort begeben. In den offiziellen Kreisen wird zur Entschädigung des Bäckers angeführt, dieser sei in Gefahr gewesen, und es habe andre Mittel, die wütende Menge von weiterem Vorgehen abzuhalten, für ihn nicht gegeben. Von der Regierung ist ebenfalls eine Untersuchung angeordnet. Nach den Erzählungen aber, die in dieser Beziehung in Italien gemacht worden sind, dürfte den Verantwortlichen für dieses Blutbad ebensowenig etwas geschehen, wie denen, welche die früheren Schlachten angerichtet haben.

Oesterreich.

Der Krakauer „Naprob“ wurde vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung des Zaren konfisziert. In dem Erkenntnis heißt es, daß der Kaiser von Rußland in dem konfiszierten Artikel dem öffentlichen Spott ausgesetzt sei. — So hat Nikolaus in der zweiten Welt außer bei der preussischen Regierung wenigstens noch an einer Stelle auf Sympathie und Hilfsdienste zu rechnen, nämlich bei den polnisch-galizischen Staatsanwälten und Richtern.

Ungarn.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, den unsere ungarischen Genossen schon seit Jahren führen, ist mit der großen Demonstration, die am vorletzten Sonntag in Budapest vor sich gegangen ist, in ein neues Stadium getreten. Die große Kundgebung, an der circa 60 000 Personen teilnahmen, — vertreten waren Delegationen aus 152 Gemeinden des Landes — ist das Signal gewesen für eine Volksbewegung, die jetzt in allen Teilen des Landes einsetzt. Von überall her kommen Mitteilungen an den Zentralkomitee der Partei in Budapest, daß Volksversammlungen stattfinden mit dem Thema „Kampf um das allgemeine Wahlrecht“. Am 10. September wird in der Hauptstadt ein außerordentlicher Parteikonferenz abgehalten werden, auf dem ebenfalls lediglich dieser eine Punkt zur Verhandlung gelangt.

Frankreich.

Ein französisch-deutscher Zwischenfall an der Grenze zwischen Kamerun und Französisch-Kongo wird von den Blättern besprochen. Der Streit bewegte sich zuerst zwischen den Angestellten der französischen Handelsgesellschaft Sotofaata und der deutschen Südamerica-Gesellschaft. Die letztere hatte im Dorfe Wiffum-Wiffum eine Faktorei errichtet. Auf Grund einer energischen Aufforderung der französischen Gesellschaft räumten die deutschen Angestellten ihre Faktorei, machten jedoch Vorbehalte und beriefen sich auf die offizielle deutsche Karte. Hierauf errichtete die französische Gesellschaft eine Faktorei in Wiffum-Wiffum; dagegen protestierte alsbald der Leutnant Schönemann, der mit privaten Schutztruppen der Südamerica-Gesellschaft im Dorfe erschien. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem eingeborne französische Soldaten getötet wurden. Der Vorfall soll untersucht werden.

Holland.

Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblat“ sagt von Italien ist wegen deutsch-feindlicher Korrespondenzen aus Preußen ausgeschlossen worden, obwohl seine Briefe im „Handelsblat“ freis in Amsterdamer deutschen Kreisen große Anerkennung fanden und nie etwas Feindliches gegen Deutschland enthielten. Das selbst ist in Holland als großer Deutschfreund bekannt. Er wird von seiner Preußenliebe jetzt geheilt sein.

Norwegen.

Das Storting hielt Dienstag vormittag eine geheime Sitzung ab, um die Vorlage der Regierung über die Einleitung von Verhandlungen mit Schweden zu beraten. Die Regierungsvorlage wurde mit 104 gegen 11 Stimmen angenommen. Das Storting ermächtigt darin die Regierung, Schweden das Ergebnis der Volksabstimmung mitzuteilen und es zu erörtern, in die Aufhebung der Reichsakte zu willigen, sowie auf dem Wege der Verhandlungen bei der friedlichen Abwicklung der die Union betreffenden Fragen mitzuwirken. Ferner ermächtigt das Storting die Regierung ihrem Antrag entsprechend dazu, Delegationen zu ernennen, die Norwegen bei den Verhandlungen mit Schweden vertreten sollen.

Das schwedische Telegrammbureau meldet: Infolge des den Anforderungen des schwedischen Reichstags entgegenkommenden Beschlusses des Störthing's in Sachen der Auflösung der Union werden voraussichtlich die Verhandlungen, die in dem schwedischen Programm als Bedingung der Auflösung der Union aufgestellt sind, jetzt ohne Verzug stattfinden.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Protokolle der Friedenskonferenz.

Beide Parteien haben die Protokolle vorbereitet. Folgendes soll eine Uebersicht über die in den Protokollen enthaltenen Behauptungen, betreffend die von den Russen abgelehnten Artikel, sein.

Bezüglich des fünften Artikels behaupten die Japaner, daß ihr Anspruch auf den Besitz von Sachalin sowohl auf Grund ihrer nationalen Rechte als auch deshalb völlig gerechtfertigt sei, weil die Insel von der japanischen Streitmacht schon besetzt sei. Die Russen behaupten im Gegenteil, vor 1850 hätten die Japaner keinen Anspruch auf Sachalin gemacht und hätten nie die Insel kolonisieren können, schließlich sei die russische Souveränität durch Verträge von 1875 endgültig anerkannt worden.

Bezüglich des neunten Artikels verlangen die Japaner die Rückerstattung der Kriegskosten. Da Japan auf Grund der russischen Angriffe und der Selbsterhaltung

wegen gezwungen worden sei, die Waffen zu ergreifen, und da die Japaner überall siegreich gewesen seien, sei Japan berechtigt, die Entschädigung zu verlangen. Rußland bestreitet, die Lage Japans sei eine solche, daß es auf dieser Bedingung bestehen müsse. Rußland erkennt nicht an, daß es überwunden sei, und behauptet, Japan habe auf Entschädigung keinen Anspruch, weil die japanischen Truppen kein russisches Gebiet besetzt hätten. Solches Verlangen sei ohne Beispiel. Rußland habe niemand Entschädigung und Kriegskosten gezahlt, auch nicht, als Napoleon Moskau besetzt hatte.

Betreffend den zehnten Artikel erklären die Russen, daß das Verlangen nach Uebergabe der internierten Kriegsschiffe den völkerrechtlichen Prinzipien widerspreche. Die Japaner behaupten das Gegenteil und erklären, die Einschränkung der russischen Seekriegsmacht im fernen Osten sei unbedingt unentbehrlich im Interesse der Erhaltung eines dauernden Friedens. Rußland lehnt den Artikel gänzlich ab, fügt aber hinzu, es sei bereit zu der Erklärung, daß es keineswegs Japans Seemacht im fernen Osten zu schwächen beabsichtige.

Die Aussichten, daß die Konferenz zu einem Resultat kommt, werden heute als recht gering bezeichnet. Sicherer weiß außer den Beteiligten aber niemand.

Beste Nachrichten.

Ld. London, 23. August. Nach einem New-Yorker Telegramm der „Central News“ veröffentlichten New-Yorker Zeitungen eine Mitteilung der russischen Bevollmächtigten, datiert vom 22. August, worin u. a. erklärt wird: Wir können vor morgen nicht sagen, daß alle Hoffnung absolut verloren ist, aber die Hoffnung scheint gering zu sein. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß der Friede eine absolute Notwendigkeit für Rußland ist, aber die Eier und Hartnäckigkeit der Japaner werden uns zwingen, den Krieg fortzusetzen.

* Petersburg, 22. August. Auf der großen sibirischen Eisenbahn sind zwei Militärzüge entgleist. Etwa 80 Soldaten erhielten mehr oder weniger gefährliche Wunden, 12 Soldaten und mehrere Offiziere wurden sofort getötet. Von den verwundeten Soldaten starben im Laufe des Tages 28 Mann, da jegliche ärztliche Hilfe fehlte.

Ld. Tokio, 23. August. Der Minister des Auswärtigen veröffentlicht den Text eines Vertrags zwischen Japan und Korea, bestehend aus neun Artikeln. Dieser Vertrag besagt u. a., daß die japanischen Schiffe in allen Häfen und auf allen Küsten Koreas freie Fahrt haben. Der Vertrag bestimmt auch, daß die Japaner koreanische Häfen in Pacht nehmen dürfen.

Die russische Revolution.

Die Duma.

Was will die russische „Konstitution“? Je genauer man sie betrachtet, um so mehr wird man in der Vorstellung befestigt, daß Nationalität und das Streben nach Verknüpfung unvereinbarer Widersprüche sie aus sich geboren haben.

Man wollte eine Volksvertretung, an der die Nation den Schein eines vollkommenen Parlaments haben sollte. Man stattete sie mit dem ganzen Zubehör eines Parlaments aus. Dem Volke sollte ein Schauspiel geboten werden. Aber selbst Schauspiele, die dem Volk zu nahe rücken, sind gefährlich. Darum wurde aus dem völligen Verzeichnis des parlamentarischen Inventars ein Verzeichnis der Beschränkungen des parlamentarischen Lebens. Der Präsident wird für Jahre gewählt, damit dem Hause ein Führer fehle, der in Kreise mit den Versammlungen verwechselt. Die ihm zugewiesenen Funktionen drängen ihn in die Nähe der Regierung. Es sind ferner Ausschüsse da. Durch Ausschüsse besorgt ein Parlament die sachliche Arbeit. Zudem es sie nach Maßgabe der Notwendigkeit wählt und mit den nötigen Funktionen ausstattet, überträgt es eigentlich einem engeren und technisch zur Ausführung der Aufgabe geeigneteren Kreise die ihm selbst zustehende Funktion Kaiserlicher Aufsicht über der Vorbereitung komplizierter Gesetze. In jedem Ausschuss ist eigentlich die Kraft des Parlaments selbst tätig; wie das Organ des menschlichen Körpers versteht er sein Geschäft in Stellvertretung und im Dienste des Ganzen.

Die Ausschüsse der Duma sind nach Art und Zahl gesetzlich bestimmt, sie lösen sich vom Plenum nicht als ein Teil, in dem der Wille aller lebendig ist, sondern als ein willkürlich abgetrenntes Stück, als eine Nebenanklage, für die bestimmte Satzungen bestimmte Agenden vorschreiben. Wieder ist es die Bureaucratie, die diesen Plan als Widerspiegelung und Abglanz der eignen Beamtenwirtschaft zur Geltung gebracht hat. Er äußert sich auch sonst: so wenn der Abgeordnete wohl frei sprechen, aber für jedes Wort belangt werden kann. Und belangt von wem? Es ist das oberste Prinzip des Parlamentarismus, daß die Mitglieder des Parlaments Straflosigkeit genießen in allem, was sie in den Mauern des Parlaments begehen. Eine Kontrolle des Parlaments durch Strafgesetze und Strafgerichte bedeutet nicht nur den brutalsten Kampf zwischen Volksvertretung und Regierung. Sie widerspricht auch dem Wesen des Parlaments; dieses bildet in konstitutionellen Staaten den einen Träger der Volkssouveränität. Wie der Herrscher, so muß das Parlament über dem Gesetz stehen, denn es ist im Grunde genommen nichts als das Organ, wodurch der Staat nach innen und außen sich als Rechtsorganisation offenbart. Gebunden an Vorschriften, eingeschränkt durch Rücksichten auf „hohe Personen“, hört es auf, das Selbstbewußtsein und der ausschließliche Wille des Volkes zu sein; hört also auf, das Organ des politischen Lebens einer Nation zu sein.

Man kann sagen, das gerade habe der Zar gewollt, da er doch das Volk von der Mitherrschaft ausschloß. Aber er hätte dann auch erreichen müssen, daß die Nation sich durch das Scheinwesen eines solchen angelegten Parlaments täuschen ließ. Sonst wäre es wohl besser und bequemer gewesen, alles beim alten zu lassen. Und das ist nun wohl der vorliegende Fall. Einstimmig verlangen die Nationen, die Rußland bewohnen: Mitregierung, Freiheit des Wortes und der Person. Man scheidet sie in einen Wahlkampf, in dem der Kandidat Gefahr läuft, sich ein paar Jahre Sibirien zu verdienen, und das Ergebnis des Wahlkampfes soll eine Kammer sein, die bloß eine beratende Stimme hat.

Es ist, als wollte man mit der neuen Verfassung dem Volke Hoßn bieten. Die Folgen bleiben nicht aus. Die Bewegung erhebt sich in den letzten Tagen mit juchzender Heftigkeit. Ganz Polen steht in dem allgemeinen Aufruhr. In Rußland gilt das Kriegrecht. Blutige Zusammenstöße werden aus allen Teilen des Reiches gemeldet. So antwortet es dem Zaren von allen Seiten her mit dem Wort Revolution. Sein „Gnadenakt“ war nicht gnädig genug, der Revolution auch bloß die kleinste Pause abzugewinnen.

Der Generalstreik in Polen.

Aus Warschau wird vom 22. d. M. gemeldet: Der Generalstreik in den Fabriken dauert fort. Auf den Weichselbahnen ist kein Verkehr, nur nach West ist eine Kommunikation durch die Petersburger Bahn via Maltin provisorisch organisiert. Der südliche Teil von Rußisch-Polen ist von Warschau gänzlich abgeschnitten. Die Blätter wurden durch die Zensur am Ergehen verhindert. Heute mittag wurden mehrere Bankhäuser gesperrt. In den Bureaus der Diskontobank hielt die Polizei eine Durchsuchung ab, zwei Beamte wurden verhaftet. Es finden massenhafte Arrestierungen statt.

Dienstag abend um 7 Uhr wurde von Demonstranten ein Umzug durch die Stadt veranstaltet, aber schließlich von der Polizei, die zahlreiche Verhaftungen vornahm, aufgehalten.

In Lodz sind ungefähr 40 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Auch in Pabianice wurden revolutionäre Kundgebungen veranstaltet.

Ein Kohlenfelder-Monopol.

Die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Bergbau treiben mit Ungestüm der Bildung eines Riesen-Montantrustes entgegen. Die von uns bereits vor einiger Zeit gebrachte Meldung, daß die Internationale Bohrergesellschaft zu Erfolge mit einer Gruppe der im Kohlenyndikat maßgebenden Zechengesellschaften wegen des Verkaufs des größten Teils ihres Kohlenfelderbesitzes unterhandelt, findet durch ein Kölner Telegramm, das den Verkauf von 250 Kohlenfeldern zum Preise von 35 Millionen Mark berichtet, seine offizielle Bestätigung. Hunderte von diesen Feldern werden zum festen Satz von 200 000 Mark pro Feld, also insgesamt für 20 Millionen Mark, verkauft, für die übrigen 150 Felder, bei denen die Bohrungen noch nicht abgeschlossen sind, ist ein vorläufiger Preis von 100 000 Mark pro Feld angesetzt, der je nach dem Ergebnis der Bohrungen später erhöht oder herabgesetzt werden soll. Von dieser Gesamtsumme von 35 Millionen Mark sollen 15 Millionen sofort nach dem definitiven Abschluß des Geschäftes, die übrigen 20 Millionen in acht Jahresraten entrichtet werden. Käufer des ungeheuren Besitzes ist ein Konsortium, dem Herr Stinnes, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, der Mühlheimer Bergwerksverein, Aktiengesellschaft Friedrich Krupp, Bergwerks-Gesellschaft Konsolidation, Gute Hoffnungshütte in Oberhausen, Thyssen u. Co., der Kölner Bergwerksverein und die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft angehören.

Das beste Geschäft macht bei dem Verkauf die Internationale Bohrergesellschaft, eine Aktiengesellschaft, deren Aktienkapital sich nominell nur auf eine Million Mark beläuft. Sie erhält den respektablen Preis von 35 Millionen Mark und behält ihren bedeutenden Kohlenfelderbesitz im hiesigen Revier und in Lothringen sowie ihre Kali-, Erz- und Petroleumfelder-Gewerkschaften. Jedoch partizipiert an diesem Gewinn in starkem Maße der A. Schaaffhausensche Bankverein, der vier Fünftel der Aktien der Internationalen Bohrergesellschaft im Besitz hat, und ferner die Dresdner Bank, da diese bekanntlich mit dem Schaaffhausenschen Bankverein eine Interessengemeinschaft bildet. Der Reingewinn, den der Bankverein aus dem Geschäft zieht, dürfte sich auf 24 bis 25 Millionen Mark belaufen.

Für unser deutsches Wirtschaftsleben ist dieser Verkauf von der größten Bedeutung. Die neun Käufer gelangen damit nämlich in Besitz fast der sämtlichen noch nicht in Betrieb genommenen Kohlenlager Rheinland-Westfalens und gewinnen damit die Macht, später, wenn die Entwicklung der deutschen Industrie und die Zunahme der Bevölkerung zur Erschließung neuer Kohlenlager treibt, diese Erschließung ganz nach ihrem Belieben zu bewirken und dadurch die rheinisch-westfälische Kohlenproduktion nach ihren Interessen zu „regeln“. Zugleich aber bildet dieser Besitz die Grundlage eines späteren Riesen-Montantrustes. Sämtliche Mitglieder des Konsortiums gehören dem Kohlenyndikat an, in dem sie eine dominierende Stellung einnehmen. Solange das Kohlenyndikat sich ihren Ansprüchen fügt, werden sie sicherlich nichts gegen dasselbe unternehmen; wenn aber das Syndikat zusammenbricht, und diese Möglich-

keit ist nicht so unwahrscheinlich, so bildet das Konsortium mit seinem heutigen großen Besitz an Zechen und Hütten und seinem Kohlenfelder-Monopol eine Macht, die nicht nur die außerhalb ihres Ringes stehenden Zechen, falls sie sich ihrem Diktum nicht fügen, ohne weiteres niederzuzwingen vermag, sondern die auch einfach der deutschen Bevölkerung die Kohlenpreise diktieren kann, wie es ihr in ihrem Interesse rätlich erscheint.

Doch noch in anderer Hinsicht ist der Verkauf von Interesse. Wie bekannt, ist der preussische Fiskus seit längerer Zeit schon bestrebt, seinen Kohlenfelder-Besitz in Rheinland-Westfalen auszudehnen. Wenn diese Versuche keinen Erfolg hatten, so lag das nicht an dem Vergessenen, sondern an den hohen Forderungen der Internationalen Bohrergesellschaft. Nun schnappen ihm die Kohlenmagnaten den Bissen vor der Nase weg. Dafür wollen sie ihm allerdings, wie verlautet, gnädigst gestatten, sich mit einer Einlage bis zu 3 1/2 Millionen Mark an ihrem Konsortium zu beteiligen — aber doch jedenfalls nur, wenn er sich ihren Entschlüssen unterordnet und willig in ihre Anordnungen fügt. —

Zur Fleischnot.

Auch die verschiedenen deutschen Gastwirte-Ver-einigungen wenden sich jetzt mit einer Eingabe wegen Abwendung der Fleischnot an die zuständigen Stellen. Es heißt darin u. a.:

Von der enormen Steigerung werden außer den breiten Schichten des Volkes im besondern die deutschen Gastwirte, die einen sehr ansehnlichen Teil des deutschen Volkes mit Fleisch-nahrung versorgen, betroffen. Denn die Gastwirte können bei den notorisch billigen Preisen für Mittagstisch ferner unmöglich in bisheriger quantitativer und qualitativer hervorragender Weise die Speisen liefern und sind gezwungen, höhere Preise zu nehmen. Dadurch wird aber weiteren Bevölkerungsteilen die Ernährung verweigert, soweit die Verbraucher dafür mehr auszugeben in der Lage sind, und verschlechtert, soweit sie eine Mehrausgabe für Fleisch nicht erzwungen können.

Wegen der Konkurrenzverhältnisse ist es in diesen vielen Gastwirten nicht möglich, mit den Preisen der Fleisch-gerichte den Fleischpreisen zu folgen und sie erleiden infolgedessen andauernd schwere Verluste. Viele Wirte, deren Gewerbebetrieb wesentlich auf die Darbietung reichlicher und doch billiger Fleischspeisen beruht und die nicht besonders kapitalkräftig sind, müssen bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes einfach zugrunde gehen. Wird doch schon bei normalen Fleischpreisen bekanntlich an der Küche zugelegt und der Gewinn an den Getränken, der diesen notorischen Verlust wieder ausgleicht, hat doch seine Grenzen. Solche Krisen, wie wir sie jetzt haben, vermag aber der Wirt nicht zu überwinden, weil er die Preise für Getränke nicht beliebig hochschrauben kann.

Die Rückwirkung solcher Zustände auf die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Bevölkerungsmassen liegt auf der Hand und braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Das, was von den Gastwirten gilt, trifft natürlich auch auf die Privathaus-haltungen zu, vielleicht noch in erhöhtem Maße. Fleisch ist heute schon nicht mehr ein Nahrungsmittel, sondern für die Volkstriebe nur noch ein Genussmittel. Daß unter solchen Verhältnissen eine erregte Allgmein-stimmung geschaffen wird, kann daher nicht wundernehmen.

Weiter sagt die Eingabe durchaus zutreffend:

Bei Vergleichen mit den Fleischpreisen anderer Länder ergibt sich, daß wir in ganz Europa die höchsten Preise für unser Hauptnahrungsmittel bezahlen. Die Reichs-

hauptstadt Berlin übertrifft nach der Statistik mit ihren Durchschnittspreisen für den Doppelzentner Rindfleisch und Schweinefleisch den Durchschnitt aller Hauptstädte der umliegenden Länder während der letzten 5 Jahre — abgesehen von Rußland, wo das Fleisch ja erheblich billiger ist — um 18.80 und 12 Mark. Der deutsche Verbraucher, und dazu gehören vornehmlich die Wirte, hat daher wohl ein Recht, gegen Maßnahmen sich zu wehren, die ihm fortgesetzt das Fleisch verteuern.

Nun hat aber Berlin noch lange nicht die höchsten Preise im Reich. Die Eingabe hofft, da „jeder Tag Verzögerung dem Allgemeinwohl schwere Wunden schlägt“, auf beschleunigte Abhilfe. Gütliche Hoffnung. Ja, wenn die Gastwirte Agrarier wären! Aber sie sind wie wir ja bloß Konsumenten!

Ferner seien die folgenden Nachrichten zusammengestellt:

Aus Hamburg: Die hiesigen Schlächter kündigen eine neue Preissteigerung des Fleisches an. Der Vorstand der Schlächterinnung erläßt in den Zeitungen eine Bekanntmachung, in der es heißt: „Falls die Viehpreise auch fernerhin noch sich auf der jetzigen Höhe halten, was nach den Ausführungen des Landwirtschaftsministers v. Podbielski wohl mit Sicherheit angenommen werden kann, weil derselbe das Bestehen einer Fleischnot nicht anerkennen will und daher an eine Erleichterung der Einfuhrbedingungen für ausländisches Schlachtvieh nicht zu denken ist, so dürfte eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren sich nicht mehr vermeiden lassen und es ist der Zweck dieser Zeilen, die Einnahmeherrschaft schon jetzt hierauf vorzubereiten.“ Ferner macht der Vorstand der Schlächterinnung bekannt, daß infolge der abnormen Viehpreise eine Reihe von Mitgliedern der Innung bereits ruiniert sei.

Aus Sachsen: Infolge der jetzigen Fleischnot hat das Stadtverordneten-Kollegium der Industriestadt Zwickau in seiner letzten Sitzung einstimmig beschloffen, die sächsische Staatsregierung zu bitten, bei der Reichsregierung für schnelle Abhilfe vorstellig zu werden. Namentlich von den zahlreichen Arbeitern des Zwickauer Industriebezirks wird die Fleischnot schwer empfunden.

Aus Rudolstadt: Wie manche Agrarier über die Fleischnot denken, zeigt folgender charakteristischer Ausdruck eines Herrn Seyder: „Was wollen denn die verfluchten Sozialdemokraten? Erst war ihnen das Brot zu teuer und jetzt schimpfen sie wieder, das Fleisch wäre zu teuer; mögen sie doch feins freffen; wenn's ihnen zu teuer ist.“ Seyder wurde zur bevorstehenden Landtagswahl im Wahlkreis Stadtilm als Bauernkandidat aufgestellt. —

Aus der Parteibewegung.

Ein Gedenktag. Am 17. August waren 10 Jahre seit dem verhängnisvollen Tage vergangen, wo die Essener Geschwornen eine Anzahl Vergleite des Weineids schuldig sprachen, weil sie beschworen hatten, der Gendarm Münter habe den Bergmann Schröder bei der Entfernung aus einer Versammlung der Herikalen Vergleite zweimal im Nacken gestoßen und zur Erde gestoßen. Münter hatte das geäußert und behauptet, Schröder sei aus Schreck über das energische polizeiliche Vorgehen selber hingefallen. Die kapitalistischen Geschwornen glaubten dem Gendarm. Es herrschte damals zwischen den christlichen und den sozialdemokratischen Vergleiten bittere Feindschaft, die von dem bekannten Herikalen Agitator Bruff, der heute von seinen eigenen Partnern kaltgestellt ist, nach Kräften geschürt wurde. Zu später Abendstunde

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(35. Fortsetzung.)

Herr von Föhren fuhr sich mit der Hand über die Stirn.

„O bitte, Ihr werf geniest das Vorrecht, der Entschuldigung nirgends zu bedürfen. Ich errate halb und halb den Zweck Ihres Besuchs — es handelt sich um Doktor Ohlhoff?“

„Ganz recht, Herr von Föhren. Man hat mir eine angeblich aus Ihrem Munde stammende Äußerung hinterbracht, wonach Sie den verschwundenen Doktor Ohlhoff in Frankfurt am Main gesehen haben wollen. Haben Sie diese Äußerung in der Tat getan?“

„Ich kann es nicht in Abrede stellen, Herr Assessor.“

„Und entspricht dieselbe den Tatsachen?“

Der Hausherr reckte seine jugendlich-elastische Gestalt zu ihrer vollen Höhe empor, Augen und Stirn überflog ein Schatten grübelnder Ueberlegung.

„Ich denke es“, erwiderte er zögernd. „Einen Eid darauf ablegen könnte ich allerdings nicht.“

„Also glauben Sie den Doktor nur erkannt zu haben?“

„Ja, und doch auch wieder mit ziemlicher Bestimmtheit.“

„Wann und wo haben Sie die Erscheinung gehabt?“

„Heute vor drei Tagen, am Siebzehnten, Schlag zwölf Uhr mittags, ist er auf der Alten Mainbrücke an mir vorübergegangen — ich auf der einen, er auf der anderen Seite. Ich stand gerade vor dem Standbild Karls des Großen; wie ich mich umwende, um weiter zu gehen, erblicke ich drüben ein bekanntes Gesicht. Im ersten Augenblick mußte ich nicht, wo ich es hinstun sollte — auf einmal fällt mir ein: Das ist doch Doktor Ohlhoff, den man ermordet glaubt? Ich rufe den Namen laut über die Straße hinweg, da fährt der Fremde in der Tat zusammen und schaut mich an, erstaut und betroffen, wie es mir vorkommt, dann geht er weiter

und zwar so eilig, daß ich ihn nur schwerlich hätte einholen können, selbst wenn mir überhaupt der Gedanke hieran aufgetaucht wäre. Das war aber nicht der Fall. Ich war eben meiner Sache nicht sicher genug. Freilich schien es mir, als hätte auch er mich erkannt — immerhin kann mich eine frappante Ähnlichkeit, wie wir sie ja häufig finden, getäuscht haben.“

„Nannten Sie den Doktor Ohlhoff genau?“

„Ob ich ihn kannte? Er war ja mein Hausarzt.“

Der Assessor erhob sich. „Ich weiß nicht, was ich aus der Sache machen soll“, warf er unschlüssig hin. „Die Möglichkeit, daß der Vermißte noch unter den Lebenden weilen könnte, ist von mir längst aufgegeben worden, widerspricht auch ganz und gar unsern Ermittlungen. Auch Ihr Bericht vermag mich nicht zu überzeugen. Sie geben selbst zu, daß eine sonderbare Uebereinstimmung der Gesichtszüge Sie getäuscht haben könnte.“

Herr von Föhren wiederholte, eine Täuschung liege recht wohl im Bereiche der Möglichkeit.

„Wenn ich mich aber doch nicht getäuscht habe“, fügte er hinzu, „so dürfte es Ihnen nicht schwer fallen, die Tatsache festzustellen. Ich werde doch wohl kaum der Einzige sein, dem der Doktor vor Augen gekommen ist.“

„Aber vielleicht der Einzige, der ihn persönlich kannte.“

Dieser Ansicht mußte Herr von Föhren beipflichten. Liebenswürdig begleitete der reiche Mann den sich verabschiedenden Assessor nach der Tür.

„Wenn Sie noch irgend eine Frage haben sollten, Herr Assessor, befehlen Sie über mich.“

„Danke ergehenst, Herr von Föhren — ich werde Sie nicht zu bemühen brauchen.“

In der Tat legte Rodbert auf das Frankfurter Vorkommnis jetzt noch weniger Wert als vor seiner Unterredung mit dem angebliehen Gewährsmann. Bei ihm unterlag es keinem Zweifel, daß dieser sich von einer — vielleicht wirklich täuschenden Ähnlichkeit habe betrogen lassen, daher beschloß er, das Gerücht auf sich beruhen zu lassen, mit dieser Reso-

lution begab er sich in sein Quartier, um sich es einmal

behaglich zu machen. Er fühlte sich ganz erschöpft von den Anstrengungen und Aufregungen der letzten Tage.

Niemand störte ihn denn auch in seiner Ruhe, als er aber am nächsten Morgen im Gerichtsgebäude erschien, empfing ihn der Staatsanwalt Gert mit einer überraschenden Neuigkeit.

„Lesen Sie dieses Schreiben, Herr Kollege.“

Rodbert nahm und las.

„Einem hochwohlwollenden Landgericht“, so lautete der Brief, „erlaube ich mir hierdurch ergebenst mitzuteilen, daß in der Nacht vom 17. bis 18. Dezember ein Dr. med. Heinrich Ohlhoff aus Berlin bei mir logiert hat. Der Herr, welcher sehr anständig gekleidet war, entsprach in seinem Äußeren genau der in den letzten Zeitungen erschienenen Personalbeschreibung des Doktor Ohlhoff. Zu allen weiteren Auskünften, soweit ich solche zu geben vermag, bin ich gern bereit. Mit vorzüglicher Hochachtung ergehenst Karl Willmers, Inhaber des Po. 15 zum „Patrioten“, Frankfurt.“

Der Brief trug das Datum des gestrigen Tages, des 19. Dezember.

Assessor Lindner betrachtete die Mitteilung lange tiefer Gedanken, ehe er eine Meinungsäußerung hören ließ. Erst als die Worte: „Ist das nicht sonderbar?“ aus dem Munde des Staatsanwalts an sein Ohr drang, wandte er sich der Anwesenheit der Kollegen.

„Bitte um Entschuldigung, Herr Kollege —“

mentierte über diesen rätselhaften Fall.“

„Der nach diesem Schreiben hier wohl aber doch rätselhafteste Verloren zu haben scheint?“

„Ganz und gar nicht, er wird im Gegenteil immer mysteriöser. Es ist geradezu eine Eigenart der Ohlhoffschen Sache, daß jedes neue Moment, welches seiner Eigenart nach wohl geeignet sein könnte, das Dunkel aufzuklären, statt dessen dazu dient, die Angelegenheit immer mehr zu verwirren und das Geheimnis immer unergündlicher zu gestalten.“

(Fortsetzung folgt.)

wurde das Urteil verurteilt; Schröder erhielt 2 1/2 Jahre Zuchthaus, Meier und Erck 3 1/2 Jahre Zuchthaus, Fiedler, Beckmann und Billing 3 Jahre Zuchthaus, Fiedler 6 Monate Gefängnis. Für alle — Titel ausgenommen — kamen 10 Jahre Ehrverlust und die Aberkennung hinzu, je wieder als Folge fungieren zu können. Die Vorwürfe „Arbeiter-Zeitung“ bringt eine Erinnerung an die damalige Situation beim Bekanntwerden des Urteils. Man war so sehr von der Freisprechung überzeugt gewesen, daß schon vorher Extrablätter fertig gestellt worden waren, um die Freisprechung der Welt mitzuteilen. Und dann kam doch die Verurteilung. Es war bittere, schreckliche Wahrheit. Tausende von Menschen hatten vor dem Gerichtsgedäude in Essen geharrt, um die Freigelassenen begrüßen zu können, nun saß das Urteil dazwischen wie ein lähmender Donnerkegel. Bangsam, kahllos vertiefte sich die Menge, sie konnte es nicht fassen. Niemand glaubte an die Schuld der Verurteilten, sie waren dem Volke durch den Urteilspruch nun erst recht Ehrenmänner geworden. Vielen Tausenden im Ruhrrevier wurden durch das Urteil die Augen geöffnet; was sie bisher nur unklar empfunden hatten, war ihnen klar zum Bewußtsein gekommen: daß der Arbeiter-Klassenkampf sein muß. Und das war in Wirklichkeit ein Gewinn, ein Sieg. Das Gegenteil ist eingetroffen von dem, was die Feinde der Arbeiter von dem Prozeß erhofft hatten. Es waren solche Bedenken, die da glaubten, den Geist, die Idee zu können. Seit 1895 ist die Organisation gesunder und hat sich ausgebildet, heute steht sie mächtiger denn je da. Der Bergarbeiterverband mag heute etwa 140 000 Mitglieder haben, und die politische Partei vertritt im Ruhrrevier über mehrere Mandate, andere hoffen unsere Genossen bald zu erobern. Auch die politische Presse ist in den letzten Jahren zu einer ungehobenen Macht geworden, die politischen Organisationen haben sich ungemein geteilt. Und so können wir mit Recht sagen, der 17. August ist nicht bloß ein Tag traurigen Gedenkens, sondern vielmehr ein Tag des Triumphs!

Der Wahlkreis Bochum hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 5239 M. Die Kreisverwaltung beschloß die Bildung eines einheitlichen Kreiswahlvereins und die Ausschließung eines Parteifreikreis. Das „Vollblatt für Bochum“ hat eine bedeutende Steigerung seiner Auflage zu verzeichnen.

Die Gründung des Sozialdemokratischen Zentralvereins im sechs-schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis **Embsborn-Winnberg** hat sich nach dem Bericht des Vorstandes als vorteilhaft erwiesen. Seit seinem Bestehen am 1. Januar 1905 bis zum 1. Juli 1905 hat die Zahl der organisierten Genossen sich im Kreise um 453 vermehrt. Die mit der Zentralisierung neu geschaffene Einrichtung der Zahlung von freiwilligen Beiträgen, welche mittels 30 Pf. und 10 Pf.-Marken quittiert werden, hat der Partei 353 zahlende Genossen und 563 zahlende Genossinnen zugeführt. Die Zahl der im Zentralverein organisierten Genossen betrug am 1. Juli insgesamt 4532. Das „Hamburger Echo“ wird in 3508, die „Schleswig-holsteinische Volkszeitung“ in 1446, der „Vorwärts“ in 16, die „Gleichheit“ in 357, der „Wahre Jacob“ in 3072, der „Süddeutsche Postillon“ in 177 und die „Neue Zeit“ in 25 Exemplaren gelesen. Die Einnahmen des Zentralvereins in den ersten sechs Monaten beliefen sich auf insgesamt 8934,45 M. Nach den Abrechnungen der Lokalvereine hatten diese eine Gesamteinnahme von 13 793,85 M., wovon sie 6472,05 M. an den Zentralvorstand abgeliefert haben.

Im **Wahlkreis Jüterbog-Sudenwalde** stieg die Zahl der Lokalvereine von 11 auf 16 im letzten Geschäftsjahre und die Gesamtzahl der Mitglieder von 1493 auf 1975. Die gesamte Jahreseinnahme betrug 1563 Mark. Außerdem zahlte Sudenwalde allein 350 Mark an den Parteivorstand, 250 Mark an die Agitationskommission, 500 Mark zum Wahlfonds und 200 Mark für die rüstigen Parteigenossen. Für die Bergarbeiter wurden aus Sudenwalde 6000 Mark geleistet.

Die **Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen-Weimar** fand am letzten Sonntag in Apolda statt. Aus 15 Orten waren 28 Delegierte anwesend. Eine längere Debatte beschäftigte die Organisationsform. Jena hatte den Antrag gestellt, wieder die frühere lose Form der Organisation einzuführen. Weimar dagegen beantragte eine straffere Form der Organisation durch einen geschlossenen Landesverein zu schaffen. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt, so daß auch für die Zukunft die bisherige Form der Organisation bestehen bleibt. Ein weiterer Antrag, im Großherzogtum eine Gemeindevertreter-Konferenz zu statuieren, wurde dem Landesauschuss zur Erledigung überwiesen. Bezüglich der im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahl wurde beschlossen die Konferenz, in allen Wahlkreisen wieder Kandidaten aufzustellen, wo man dies bei den letzten Wahlen bereits getan habe. Kein Kandidat darf in mehr als einem Kreise aufgestellt werden. Mit bürgerlichen Parteien sollen auch in Zukunft keine Verhandlungen getroffen werden. Als Sitz des Landesauschusses wurde wieder Apolda bestimmt.

Die **heftige Landeskonferenz** tagte am Sonnabend und Sonntag in Alzen in Rheinpreußen. Sie war von 75 Delegierten und Landtagsabgeordneten besucht. Das Landeskomitee konnte über ein erfreuliches Fortschreiten der Partei berichten, das aus der unten folgenden Uebersicht klar erkennbar ist. Darin sind die Gelder als Einnahme angegeben, die von den Kreisen an die Landesliste abgegeben wurden; diese Gelder stellen 30 Prozent der gesamten ordent-

lichen Mitgliederbeiträge dar. Die Mitgliederziffer ist rechnerisch ermittelt nach der Zahl der bezahlten Mitgliederbeiträge. Es ergibt sich:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahres-einnahme	Ausgabe
1393/97	1221	835,15 M.	582,32 M.
1807/08	2098	1 045,49	1 730,85
1898/99	4251	2 153,99	1 649,50
1899/1900	4388	2 551,99	1 569,99
1900/01	4213	2 891,19	2 897,05
1901/02	6241	5 676,08	4 142,20
1902/03	7324	14 504,20	14 792,—
1903/04	8408	7 281,50	5 143,79
1904/05	9598	7 911,39	4 986,53

Zwischen den heftigen Parteiblättern und der Frankfurter „Vollstimm“ besteht ein gewisses Konkurrenzverhältnis, es kommen drei Blätter in den gleichen Kreis, und dadurch wird auch die organisatorische Einheit gefährdet. Deshalb wurde eine Kommission gewählt, zwecks Abgrenzung der Verbreitungsgebiete und eventueller Schaffung von Einrichtungen im gemeinsamen Interesse der in Betracht kommenden Parteiblätter. — Zum Organisationsrat-Entwurf nahm die Konferenz Stellung, sie erklärte sich mit den Grundzügen der Vorschläge einverstanden und betonte gegenüber Vertretern, die von Frankfurt ausgingen und Zusammenfassung Hessens mit elf preussischen Wahlkreisen und Pfalz und Saar in einem Organisationsverband fordern, daß die Aufrechterhaltung der heftigen Landesorganisation unbedingt notwendig sei. Hierzu wurde die Anstellung eines Landes-Parteisekretärs, der in Offenbach dem Sitz des Landeskomitees, wohnen soll. Die Wahl soll durch das Landeskomitee vollzogen werden. — Ein Antrag der Freikreispartei wurde beschloffen, beim Ministerium des Innern zu beantragen, daß dieses im Bundesrat für die Oeffnung der Grenzen eintreten möge. — Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl. Wie in Bayern, so ist in Hessen die Wahlrechtsreform gescheitert. Die Nationalliberalen der Zweiten Kammer haben wohl, wenn auch sehr widerwillig, meist für Einführung des direkten Wahlrechts gestimmt, sie haben aber eine Reihe Verschlechterungen daran getuschelt und sie haben bei ihrer Zustimmung auch darauf gebaut, daß die Erste Kammer das Reformwerk überhaupt zum Scheitern bringen werde. Und die Rechnung stimmt. Unter Führung des nationalliberalen Freiherrn v. Bredt hat die Erste Kammer die Wahlrechtsvorlage so mit reaktionärem Vorwurf besetzt, daß die Zweite Kammer gar nicht zustimmen kann. Damit nicht genug, vereitelt die Erste Kammer auch, wiederum unter Führung Bredts, die Reform des Gemeindeverwesens, weil diese Reform die Reichsregierung herinrent. So wird die Wahl unter dem Zeichen des Protestes stehen. Unsere Genossen rechnen bestimmt darauf, daß nicht bloß alle Mandate behauptet, sondern noch drei neue gewonnen werden. — Zum Schluß wählte die Konferenz einstimmig das bisherige Parteikomitee wieder. Ulrich-Offenbach bleibt Vorsitzender.

Potenliste der Partei. In Köln a. Rh. starb der Parteigenosse Robert Blum, ein Vetter des bürgerlichen Revolutionärs Robert Blum. In Wolfenbüttel starb der älteste dortige Parteigenosse Julius Vieckstein, der seit 1868 in den Reihen des organisierten Proletariats stand. Er hat der Partei an seinem Wohnort reiche Dienste geleistet.

Gewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter-Ausperrung in Eisenwerba. Zu der Ausperrung der Röhrenschmiedwerkstatt bei der Firma C. W. Reichenbach, Fahrrad- und Maschinenfabrik, Regier-Werke, Eisenwerba-Biesla ist noch nachzutragen, daß auch die in der Fahrradbranche beschäftigten organisierten Metallarbeiter am 19. August ausgesperrt wurden. Alle Betriebe des Herrn Reichenbach, die organisierten Arbeiter dieser Abteilung durch ihre Versprechungen als da sind: sichere Lebensstellung, hoher Lohn usw., zum Austritt aus dem Metallarbeiter-Verband zu überreden, scheiterten. Infolgedessen machte er von dem letzten Machtmittel, nämlich der Entlassung, Gebrauch. Zum Glück kamen aber auch die dortigen Arbeiter endlich an den Wert der Organisation zu begreifen, und somit dürfte für Herrn Reichenbach die Zeit nicht mehr fern sein, wo er gezwungen sein wird, sich ins Unvermeidliche zu fügen.

Die Portefeuillebewegung in Nürnberg ist ohne Streik zu Ende geführt worden, da ein Tarifvertrag zustande kam, worin die Arbeitszeit, die bisher 57 1/2 bis 60 Stunden wöchentlich betrug, auf 54 Stunden herabgesetzt wird. Ferner werden Minimallohne festgesetzt, die für männliche Arbeiter im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 14, im zweiten Jahre 16, im dritten 18 Mark betragen. Den Arbeitsarbeitern wird der Minimallohn garantiert. Für die Arbeiterinnen wurde kein Mindestlohn festgesetzt, da eine Einigung hierüber nicht zu erzielen war; es wurde dagegen ein allgemeiner Lohnaufschlag von 5 Prozent gewährt.

Lohnbewegung der Elektromonteur und Hilfsmonteur in Hamburg. Die Elektro- und Hilfsmonteur (Sektion des Deutschen Metallarbeiterverbandes) richteten an ihre Arbeitgeber einige For-

derungen, die zur Verbesserung der schlechten Arbeitsbedingungen notwendig sind. Nach eingehender Beratung in einer Versammlung wurde beschlossen, den Arbeitgebern folgende Forderungen zu unterbreiten: Neunständige Arbeitszeit, Stundenlohn von 58 Pf. = 30 Mark pro Woche, Hilfsmonteure im ersten Halbjahr 40 Pf. pro Stunde = 21,60 Mark pro Woche, dann 45 Pf. pro Stunde. Antwort auf diese eingereichten Forderungen wird bis zum 26. August erbeten. Einmalige Verhandlungen führt die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Der Streik der Textilarbeiter von Gent dauert bereits die neunte Woche und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die Unternehmers beharren nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte; sie wollen die geringe Forderung der Arbeiter, die bekanntlich in der Herabsetzung der Arbeitszeit um 3 Stunden die Woche, 1/2 Stunde pro Tag, besteht, nicht bewilligen.

Der große Banarbeiter-Ausstand in Stockholm, der am 4. Mai als Ausperrung begann und zeitweise bis zu 5000 Arbeiter umfaßte, ist am Donnerstag endlich aufgehoben worden, nachdem sämtliche daran beteiligten Organisationen die durch das Verhandlungskomitee zustande gekommenen Vorschläge anerkannt. Ueber die Einigungsbedingungen liegt noch kein näherer Bericht vor, jedoch ist der Friedensschluß jedenfalls nicht zum Nachteil der Arbeiter erfolgt.

Ein neuer Scharfmacherverband in Hamburg wollen die Unternehmer der Fusillationsbranche (Wass-, Wasser-, Elektricitätsfach) gründen, um einem dringenden Bedürfnis (?) nachzukommen. In einem Rundschreiben fordern sie zum Beitritt auf, um die Gehaltsfrage, wie die Essener Vorgänge zeigen, als dringend notwendig zu regeln und ungerechten Forderungen gegenüber gestrichelt zu sein. Die Gründung hat im Herbst d. J. zu erfolgen und ist zur Anlegung eines Grundstocks die Ausgabe von Anteilscheinen vorgesehen. Ob die Meldungen zur Abnahme der Anteilscheine zahlreich eingelaufen sind, konnte bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht werden.

Fortschritte auf dem Wege zum Achtstundentag. Die letzte Ausgabe des offiziellen New-Yorker „Labour Bulletin“ macht bezüglich der Bewegung zugunsten der kürzeren Arbeitszeit folgende Mitteilungen: Die Wähler, denen durch den Entschluß des obersten Gerichtshofs der gesetzliche Neunstundentag wieder genommen ist, machen jetzt alle Anstrengungen, denselben durch ihre gewerkschaftliche Organisation hochzuhalten. Der größte Teil der Arbeiter im Staate New-York habe bereits den Neunstundentag und bemühe sich, die achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen. In der Maschinenindustrie und im Baugewerbe von New-York-City gebe es nur noch wenig Arbeiter, die länger als 8 Stunden pro Tag beschäftigt sind. Im Buchdruckgewerbe seien die Arbeiter im Maximum 9 Stunden tätig, man nähere sich aber rapid dem Achtstundentag. Zwischen der Buchdruckerorganisation und vielen Unternehmern auch in anderen Staaten ist der Achtstundentag vertraglich festgelegt und die Gewerkschaft der Buchdrucker hat beschloffen, vom 1. Januar 1906 ab die achtstündige Arbeitszeit im Bereiche der ganzen Union zur Durchführung zu bringen.

Die Folgen eines Brandes. Aus Koburg wird uns geschrieben: Am Montag früh 2 Uhr brannte gegenüber dem Bahnhof ein alter Schuppen, der früher einer Villa als Stall und Aufscherverwohnung diente, vollständig nieder. Die Villa wird zurzeit zu einem größeren Hotel umgebaut. Da die Koburger Mauerer seit Mitte Juni im Streik stehen, oder wegen desselben ausgesperrt sind, in dem Schuppen aber zwölf italienische Arbeitswillige mit einer Frau als Köchin untergebracht sind, die trotz größter Mühe nicht zur Abreise zu bewegen waren, sprangen sofort einzelne Meister das Gerüst aus, die streikenden Mauerer hätten den Brand angelegt. Unsere Polizei, welche seit 2 Wochen ruhig mit zugehört hat, wie diese Arbeitswilligen in dem nicht zum Wohnen eingerichteten Gebäude, wie in einem Gefängnis eingeschlossen, auf provisorisch aufgestellten Pritschen geschäftigt, in dem Gebäude auch gefesselt und gefesselt hat, entfaltete schon während des Brandes eine fieberhafte Tätigkeit, sie suchte die Umgebung des Brandplatzes in auffälliger Weise ab, offenbar um Streikende zu finden, und was man nicht für möglich gehalten hätte, sie verhaftete früh 4 Uhr den Führer des Streiks, Genossen Waudler, und gegen 5 Uhr noch einen anderen Streikenden unter dem Verdacht der Brandstiftung. Nach einem Verhör vor dem Staatsanwalt wurden die beiden Genossen gegen 9 Uhr voruntersucht wieder auf freien Fuß gesetzt. Was waren die Verdachtsmomente, welche die Polizei veranlaßte, gegen bisher vollständig unbefugte Arbeiter in dieser Weise vorzugehen? Sie waren in Begleitung der Frau des Genossen Waudler, von einem Vergnügen nach Hause gehend, noch nach dem Bahnhof gegangen, um beim letzten eintreffenden Zuge aus Bayern Posten zu setzen, und dann soll — was vollständig unbewiesen — in den letzten Wochen einmal von einem Streikenden — genaues wissen die Behörden selbst nicht — den Italienern gegenüber die Bemerkung gefallen sein: „Wenn Ihr nicht fortgeht, brennen wir die Hütten über Euren Köpfen zusammen.“ Wir sind überzeugt, daß die Italiener, welche am Abend in ihrem fidelem Gefängnis ein Saufgelage gehalten hatten, und dabei sicher, wie fortwährend, stark geknastet haben, den Brand durch Unvorsichtigkeit veranlaßt haben. Dies ist bei einigermaßen ruhiger Beurteilung das Nachvollziehende, aber unsere Gegnern scheint eine Beschuldigung der Streikenden mit einem so schweren Verbrechen doch besser in den Kram gepaßt zu haben.

Lebendig gebärende Zwergfische.

Uns wird von einem Leser geschrieben: Vor mancher wird beim Lesen der Ueberschrift glauben, es handle sich um einen Scherz, denn daß es lebendig gebärende Fische geben soll, wissen die wenigsten, und doch ist es Tatsache. Allerdings, Säugetiere sind es nicht. Bei den Säugetieren lösen sich die reifen und befruchteten Eier vom Ovarium (Eierstock) los und gelangen in den Uterus (Gebärmutter), entwickeln sich zu Embryos und beschreiben hier bis zur Geburt, wobei sie mit dem Muttertier im engsten Zusammenhang stehen und dadurch die Ernährung stattfinden. Bei den lebendig gebärenden Rarpfischen ist das nicht der Fall, die Eier bleiben am Eierstock haften, entwickeln sich hier zu Embryos und es findet, da kein sonstiger Zusammenhang mit dem Muttertier besteht, die Ernährung wie bei allen Fischembryos durch den Dottersack statt. Diese Fische unter den Fischen verdienen es wirklich, daß ihnen, anstatt der Gebührende, mehr Beachtung geschenkt wird. Sie gehören zu der Gattung der Zahnkarpfen (Cypripodontidae). Cypripodonten kommen vor in Südamerika, Asien, Afrika und Amerika. Die Geschlechter derselben sind im ausgemachten Zustand leicht zu unterscheiden. Die Männchen sind stets kleiner als die Weibchen, und das Charakteristische beim Männchen ist das Kopulationsorgan, das Afterklappe des Männchens verwandelt sich nämlich in einen vor- und rückwärts beweglichen Stachel. Ob nun der Kopulationsstachel zum Befruchten dient, oder nur zum Festhalten bei der Befruchtung, ist noch nicht erwiesen, der Vorgang hierbei ist ein blutiger, wenigstens bei den von mir seit ein paar Jahren gepflegten *Cyprinodon* und *Gambusia* Arten. Eine Frage, die in Bezug auf Vegetation noch speziell in Frage kommt und von den einzelnen Liebhabern wie auch von Vereinen und Wissenschaftlern eifrig diskutiert wird, ist die: „Sind Kreuzungen zwischen den einzelnen Arten und Gattungen möglich.“ Klarheitlich die Verschiedenartigkeit an der Spitze des Kopulationsorgans der verschiedenen Arten deutet darauf hin, daß dieselbe auch bei dem Copulationsorgan der Weibchen der Fall ist. Ich glaube wohl daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß die

Bauart des Geschlechtsorgans beim Männchen dem des Weibchens angepaßt ist, um die eventuelle Einführung des Spermas (Samens) ermöglichen zu können. Die befruchteten Weibchen nehmen, je näher die Zeit des Geburtsaktes herantritt, an Leibesumfang bedeutend zu, so daß sie recht unformlich ausfallen. Die Geburt selbst scheint nicht ganz ohne Schmerzen vorstatten zu gehen. Ich sage „scheint“, denn als ich bei Gelegenheit an eine meiner Weiden trat, welches ein Pärchen *Cyprinodon* beherbergte, bemerkte ich ein unruhiges Benehmen des Weibchens; es raste förmlich im Behälter, bis daß es unter zitternder Bewegung, an einer Pflanze Halt findend, rückwärts und das Abheben der Jungen vor sich ging. Es wurden in kurzen Zwischenpausen von einigen Minuten in den weißen Fäden drei Stück geboren, und zwar erschienen einige mit dem Kopf, andre wieder mit dem Schwanz zuerst, fingen einige Zentimeter, um dann lustig umher zu schwimmen und auf Insekten Jagd zu machen. Die Gesamtzahl beträgt bis zu 50 Stück. Was nun die einzelnen Arten betrifft, so sind deren in den letzten Jahren eine ganze Anzahl importiert worden; alle diese anzuführen würde hier zu weit führen; es soll nur eine Art, die *Gambusia holbrooki* besonders hervorgehoben werden. Zur Haltung und Pflege der Zahnkarpfen bedarf es keiner besonderen Umstände, und speziell die *Gambusia holbrooki* ist sehr anspruchslos. Ein Einmacheglas von 3-5 Liter, oder noch besser ein kleines Aquarium bis zu 10 Liter Inhalt genügt vollkommen für ein reip. zwei Pärchen dieser Fische. Das Gefäß kann man, wenn es rechtlich ist, auch ganz bequem durch eine Glascheibe in der Mitte teilen, so daß jedes Pärchen für sich ist, es ist das bei der Geburt von Jungfischen nur von Nutzen. Ueberhaupt muß man Acht geben bei der Geburt und die Jungen von den Eltern trennen; es kommt vor, daß die Jungen sonst gefressen werden. Goldfischgläser, diese Rarpfchen sind grundsätzlich zu verwerten. Da sie oben enger sind, kann nicht genügend Luft hinzutreten und durch die häufige Form kann man den Inhalt nicht erkennen. Infolgedessen sind diese zur Beobachtung vollständig untauglich. Als Hauptbedingungen für das Gedeihen der Bewohner im Aquarium ist allerdings eine gute Pflanzkultur wünschenswert. Sind alle diese Vorbedingungen erfüllt, so wird man auch

Freude an seinen Pfleglingen haben. Ich glaube wohl sagen zu können, jeder, der *Gambusia holbrooki* sieht, muß, auch wenn er sonst kein großer Naturfreund ist, sich für diesen kleinen Fisch interessieren. Die Weibchen der *Gambusia* sind einfarbig grau mit ganz feinen Punkten über dem ganzen Körper; die kräftigen Weibchen bekommen am Uter einen schwarzen Fleck. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß man durch die dünne Haut die Embryos schimmern sieht, denn die Jungfische sind ziemlich dunkel gefärbt, nach ein paar Tagen erst nehmen sie eine hellere Färbung an. Was dem Weibchen noch an Interessantem abgeht, besitzt das Männchen im verstärkten Maße. Alles, was Lebhaftigkeit, List und Verschlagenheit bedeutet, ist in diesem kleinen Kerl konzentriert. Außerdem bekommt es eine herrliche tief-schwarze, ungleichmäßige Fiederzeichnung. Nach Garman soll diese Fiederzeichnung auf Parasiten zurückzuführen sein. Er schreibt: „Die Anwesenheit von Parasiten bei gewissen Individuen, die so sonderbar gezeichnet waren, läßt vermuten, daß eine solche Variation möglicherweise mit Krankheit zusammenhängt.“ Ferner: „Einige so gefärbte Individuen werden bösartig durch Parasiten heimgesucht, was vielleicht mit der Ursache der eigentümlichen Modifikation zusammenhängen mag.“ Der letzte Ausspruch ist schon vorzüglicher ausgedrückt als der erste, und auch ich kann wohl behaupten, daß meine schwarzgefärbten Männchen sich nicht als von Parasiten geplagte Tiere benehmen. Was nun die Vererbung selbst anbelangt, so kann dieselbe in ein paar Monaten, sie kann aber auch erst nach einem Jahr vollendet sein. Je älter die Tiere aber werden, je schwarzer werden sie. Ist aber vor der Ausbildung des Kopulationsorgans nicht mindestens ein solch charakteristischer Fleck zum Vorschein gekommen, so kann der Liebhaber sicher sein, daß diese Männchen sich nicht befärben. Sie bleiben zeitlebens grau gefärbt. Über auch diese Tiere sind nicht zu verachten, und ich glaube wohl nicht fehlzugehen, daß diese Fische dazu beitragen werden, das Interesse für die Aquarienfischzucht im allgemeinen und für die lebendig gebärenden Zahnkarpfen im besondern angeregt zu haben, da der Anschaffungspreis sich nur auf einige Pfennige beläuft.

Provinz und Umgegend.

Groß-Otterleben, 23. August. (Ein Grobfeuer) hat in der letzten Nacht unsern Ort heimgesucht. Gegen 1 1/2 Uhr nachts kam es in dem Manufakturwarenlager von Richard Kaiser zum Ausbruch. Der Feuerwehrgelände es nicht das Gebäude zu retten. Es ist bis auf den Grund niedergebrannt. Der Schaden, den der Besitzer, der zurzeit von Groß-Otterleben abwesend ist, erleidet, ist recht bedeutend. Die Feuerwehrgelände war noch heute morgen auf der Brandstätte tätig. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden.

Lemsdorf, 23. August. (Die Fleischpreise) sind schier unerträglich auch in unserm Ort gestiegen. Die gesamte Einwohnerzahl muß schwer darunter leiden. Deshalb sollen auch bei uns die Ursachen dieser Fleischnot einer Besprechung unterzogen werden. Am Freitag den 25. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Julius Käfer eine öffentliche Versammlung statt, in der der Stadtverordnete Alwin Brandes-Magdeburg über die Ursachen der Fleischnot referieren wird. Alle Männer und Frauen unseres Ortes sind dazu eingeladen!

Wischerleben, 22. August. (Kreis-Konferenz.) Am Sonntag den 27. d. M., vormittags 11 Uhr, findet in Wilkes Lokal die Generalversammlung des Volksvereins für den Wahlkreis Calbe-Wischerleben statt. Im Anschluß daran findet nachmittags 3 Uhr die diesjährige Kreis-Konferenz statt. Die Parteigenossen von Wischerleben und Umgegend haben das größte Interesse an den Verhandlungen als Gäste teilzunehmen, und steht zu erwarten, daß eine rege Teilnahme stattfindet. Die Mitglieder der Arbeiter-Gesangvereine dürfen es sich besonders angelegen sein lassen, zu einem würdigen Empfang der Delegierten beizutragen, weshalb es wünschenswert erscheint, daß die Mitglieder der Gesangvereine vollständig erscheinen.

Burg, 23. August. (Die Fleischnot und die Fleischteuerung in Deutschland) war das Thema, über welches Witte nach Magdeburg in einer sehr gut besuchten Volksversammlung referierte. Redner bewies das Bestehen einer Fleischnot und Fleischteuerung an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials. Nach Berechnungen des Reichsanzeigers sollen pro Kopf und Jahr 50,2 Kilogramm Fleisch verbraucht sein, das macht für eine Familie von fünf Köpfen rund 500 Pfund pro Jahr. Wie sich das mit der Wirklichkeit verhält, hat jeder Arbeiter an sich selbst ausprobieren können. Die Fleischnot hat eine Unterernährung der Arbeiter zur Folge mit allen ihren verheerenden Wirkungen. Mit treffenden Worten geißelte Redner die volksfeindliche Agrarpolitik, die in der Sozialpolitik den Grenzüberwachungsregeln, dem Fleischbeschaugesetz ihren Ausdruck findet und seit Jahren in Deutschland betrieben wird. Wir verlangen, daß angesichts der bestehenden Fleischnot die Grenzen geöffnet werden. Alsdann kritisierte der Redner die Behauptung der Agrarier, an den hohen Fleischpreisen seien die Fleischermeister schuld. Die „große“ Rede des Landwirtschaftsministers Pöhlmann wurde vom Referenten in drastischer Weise zerpflückt. Die gesamte große Masse des Volks muß stammenden Protest gegen den Fleischwucher, denn weiter ist es nicht, erheben. Es muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß andere Leute in das Parlament gewählt werden. Auch die Arbeiterfrauen können dazu beitragen, indem auch sie an der Ausfüllung mitarbeiten, noch dazu, wo ihnen jetzt die Ursachen der Fleischnot und Fleischteuerung bekannt sind. Mit den Worten: „Tue jeder an der Ausfüllung seiner Pflicht, damit die Menschheit aus den Sklavenschaften einer ungerechten Gesellschaftsordnung befreit wird, schloß Witte seine Rede mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Eine im Sinne des Referats gefaltete Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einer Aufzählung der Vorzüge die von über 400 Personen besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gardelegen, 22. August. (Verbrannt.) Die 19-jährige Tochter des Malermeisters Hsjan, in Staats in Stellung, hatte am Sonntagabend mit noch einem andern Mädchen zusammen auf einem improvisierten Spirituslocher, den sie sich aus einem Blechtopf und einer Konjervenbüchse herstellte, Schokolade gekocht. Beim Herunternehmen der Schokolade fiel dem Mädchen der mit brennendem Spiritus gefüllte Topf auf den Schoß, so daß die Kleider sofort in hellen Flammen standen. Schredlich am ganzen Körper verbrannt, wurde die Verunglückte nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, woselbst sie ihren qualvollen Leiden erliegen ist.

Gommern, 22. August. (Die Wählerliste zu den Stadtverordnetenwahlen) liegt in der Zeit vom 15. bis 30. August zur Einsicht aus. Parteigenossen! es ist eines jeden Pflicht, nachzusehen, ob sein Name darin verzeichnet ist. Wenn es nicht möglich ist, selbst Einsicht zu nehmen, der melde sich bei den Genossen Fr. Enderling, Gr. Schützenstraße 11, und Fr. Voigt, Salzstraße.

Gommern, 22. August. (Paletariet-Loch.) Ein schwerer, bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich, wie schon gestern gemeldet, Dienstag morgen im Otto Wegelschen Steinbruch, Bergfeld Rißky. Die Arbeiter Reiz, Dreier und Wilberg waren beschäftigt, ein Sprengschloß zu bohren, und zwar in einen Felsen, welcher in ganz schräger Lage auf einer Schieferwand abhänget. Der Felsen war unten schon weggesprengt, so daß er sich in einer hängenden Lage befand. Hieran wurde eine Mischung gebaut und noch einmal gehöhrt, damit der ganze Felsen auf einmal herunterfallen sollte. Beim Bohren löste er sich aber schon von selbst los und rutschte herunter. Reiz, der den Bohrer drehte, stürzte mit herunter und wurde von den Steinmassen begraben. Als er hervorgeholt wurde, gab er noch schwache Lebenszeichen von sich und verstarb darauf. Dreier und Wilberg eilten leichtere Verletzungen, diese führten Schläge aus auf den Bohrer. Weil sie standen, konnten sie nach der Seite wegspringen und entgingen dadurch dem Los, eben: schüttelt zu werden. Reiz ist Familienvater; er hat mehrere erwachsene Kinder und ein Kind in einem Alter unter 14 Jahren. Die andern beiden sind unverheiratet. Ob dem Unglück nicht hätte vorgebeugt werden können? Die gefährliche Lage des Felsens hätte man doch wohl erkennen müssen!

Halberstadt, 22. August. (Die Protestversammlung) welche heute abend im „Deum“ stattfand, war sehr zahlreich besucht. Als Referent war Genosse Holzapfel-Magdeburg erschienen, um die Ursachen der Fleischnot und Fleischteuerung zu schildern. Redner verstand es in ausgezeichneter Weise die Nachschäfer des Agrarierums den Versammelten vor Augen zu führen. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Zur Annahme gelangte die Resolution der Berliner Arbeitergesellschaft. Zu seinem Schlußwort forderte Redner auf zum festen Zusammenschluß der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und zum Abonnement auf die „Volksstimme“. Wird in dieser Weise rühmlich weitergearbeitet, so ist das die beste Waffe gegen alle Übergriffe der Reaktion. Wir sind mit dem Verlauf und Beschuß der Versammlung sehr zufrieden.

Halberstadt, 22. August. (Feuer.) Gestern abend gegen 10 Uhr mußte plötzlich ein Zug unserer Feuerwehr nach dem Dorfe Langenstein ausrücken. Dort war auf dem Gute Feuer ausgebrochen. Die Dorfbewohner hatten gewiß die Gefahr übersehen und von Halberstadt Hilfe verlangt. Als unsere Feuerwehr im Dorfe einrückte, war das Feuer schon gelöscht, so daß sie erst gar nicht in Tätigkeit kam und gleich darauf wieder abrückte konnte.

(Das neue Stadttheater) ist bald vollständig fertig, so daß es noch vor dem 1. Oktober eröffnet werden könnte. Außerhalb des Theaters ist man fleißig damit beschäftigt, die Anlagen herzurichten. Das Ganze macht wirklich einen schönen Eindruck, auf den die Halberstädter wohl stolz sein können. Die Liste des Theaterpersonals ist vollständig besetzt; es sollen gute Künstler gewonnen werden. Opernpersonal zu engagieren hat man mit Rücksicht auf die Verhältnisse unterlassen. Doch sollen Opernvorstellungen periodisch gegeben werden, wozu Mitglieder benachbarter größerer Bühnen herangezogen werden sollen.

(Ein Unglücksfall) ereignete sich heute auf dem Güterbahnhof. Der Arbeiter Schäfer, welcher bei dem Kaufmann Graul auf der Bogtei in Arbeit steht, war damit beschäftigt, Emaillewaren zu verladen. Auf unaufgeklärte Weise fiel er vom Wagen herab auf das Steinpflaster. Er soll eine ganz erhebliche Kopfverletzung erlitten haben und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Wernigerode, 21. August. (Tödlich verunglückt.) In der Bienenfelder Biegelei quetschte sich der Arbeiter Schleifer auf der Fallziegelpresse die Hand ab. Eine gleiche Verletzung auf derselben Maschine erlitt der aus Hasserode gebürtige Arbeiter Poppendieck. Ihm mußte die Hand und, als sich dies nicht als genügend erwies, der Unterarm amputiert werden. Trotz der sofort nach dem Unfall erfolgten ärztlichen Hilfe ist er gestorben.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg. (Verienstrafkammer.) Sitzung vom 22. August 1905.

Freispruch. Der Handelsmann Wilhelm Becker hier, geboren 1840, wurde vom Schöffengericht am 1. Juli d. J. wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Er soll im April vom Hofe des Bauverwalters Wesemann einen Abendampfer gestohlen haben. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, da der Sachverhalt nicht aufgeklärt werden konnte.

Wegen gefährlicher Körperverletzung eines Hausgenossen wurden die Arbeiter Anton Kostowski und Wilhelm Sauer hier vom Schöffengericht am 17. Juni d. J. zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorfall ereignete sich am 14. März, abends, im Hause Kroatenweg 4. Die Berufung der beiden Angeklagten wurde verworfen.

Die Folgen einer Redoute. Der schon öfter vorbestrafte Arbeiter Paul Feller hier, geboren 1879, geriet in der Nacht zum 31. Januar d. J. auf der Redoute in einem Lokale zu Lemsdorf mit dem Fleischer Sasse in Wortwechsel und verletzete ihn kraßschädelig. Als der Gendarm Mühlhaus erschien und die Personalia forderte, wurde er von Feller geschubst, gestoßen und durch Schimpfreden beleidigt. Auf der Leipzigerstraße bedrohte Feller verschiedene Personen mit Totschlag und soll dem auf dem Heimweg begriffenen Schlosser Medel sieben Messerstücke beigebracht haben. Nach der Rückkehr in das Lokal wurde der Arbeiter Scharwinka von Feller zur Erde geworfen, gestößt und mißhandelt, wobei sich der ebenfalls vorbestrafte Former Gustav Renck hier, geboren 1872, beteiligte und einen Hausschlüssel benutzte. Die Kammer stellte auf Grund des Beweisergebnisses die Täterhaft des Feller im Falle Medel nicht fest und schied diesen Fall, ebenso die dem Angeklagten zur Last gelegte Bedrohung aus. In den übrigen Fällen wurde er schuldig befunden und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, worauf die Unteruchungshaft angerechnet wird. Renck wurde freigesprochen. Dem Verleumdigen wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Verworfenen Berufung. Der Buchbindermeister Franz Berger hier, geboren 1847, wurde vom Schöffengericht am 2. Juli d. J. mit 3 Mark Geldstrafe belegt, weil er im März 1904 eine Verkaufserlaubnis nicht rechtzeitig zur Ortskrankenkasse angemeldet hatte. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Vermischte Nachrichten.

* Der Mahner in der Westentasche. Der Erfinder des „Nürnbergers“, so schreibt das „Neue Wiener Tagblatt“, hatte sich nicht träumen lassen, was im Laufe der Jahrhunderte aus dem zuerst obalen, dann runden Instrument werden, was für Wandlungen die Uhr durchmachen sollte. Anzänglich lediglich für die Zeitbestimmung erdient und konstruiert und nur mit dem Auge zu kontrollieren, bekam sie bald ein Schlagwerk, dann sinnreiche Mächtigkeiten zur Vorführung überraschender Wandelbilder und Musikstücke. Man kam so weit, nicht bloß Stunden, Minuten und Sekunden, sondern auch Viertel- und Zehntelsekunden fixieren zu können, und das Zifferblatt mit dem Datum, den Monatsvierteln und Monatsereignissen ist sogar schon eine ältere Sache. Auch als Wanduhr wurde die Taschenuhr eingerichtet. So weit hat es die Uhr als Zeitmesser gebracht. Ihre bequeme Form hat sich aber auch in neuer Zeit verschiedenen andern Zwecken dienstbar gemacht. Nicht wenige Touristen tragen in der Form einer Uhr den Höhenmesser bei sich und lesen von dessen Zeiger die ganz genaue Steigung von der Meeressfläche ab, und für gar manche Fußgänger ist es ein Vergnügen, das einer gewissen Mühseligkeit nicht entbehrt, wenn sie vom Zifferblatt des Schrittzählers abzulesen können, was sie in der Stunde geleistet, welche Strecke sie zurückgelegt. Nun kommen wir aber zu den neuesten Uhren mit einem „Rouge et Noir“-Werk. Ein leiser Druck und der Zeiger fliegt auf Rot oder Schwarz, auf Zero oder Doppelzero und nach Rot oder Schwarz zugleich auf eine der 36 Nummern der runden Scheibe. Ganz so wie beim regelrechten und, wenn der Ausdruck am Platze wäre, geechichten Roulette. Und die allernueste Uhr? Diese ist ein Apparat nach dem System der bereits auch bei uns eingebürgerten Kontrolluhren. Hat man eine Daranlange gehabt, so wird sie wieder durch einen mechanischen Druck auf das uhrenförmige Instrument fixiert und sofort auch mit der letzten Ausgabe abliest, so daß man am Schluß des Tages nicht mehr in der Weise „Kassa machen“ muß, daß man die Falteln des Portemonnaies und der Briefkäse forschend und zählend durchstöbert, sondern einfach den Zeiger auf der Kassenuhr befragt. Man erfährt dabei ganz untrüglich, wieviel man heute ausgegeben hat. Am nächsten Morgen stellt man den Zeiger wieder auf Null und das Abzählen beginnt aufs neue. Da gibt es dann keine Täuschung mehr und kein langes Befinnen, wohin das Geld gekommen. Die Uhr hat so und so viel geschlagen, der Zeiger hat so und so viel gezeigt, dagegen gibt es keine Einwendung und keine noch so berechtigte und beschränkende Einsprache. Diese allernuesten Uhren sind freilich bei uns zur praktischen Verwendung noch nicht in den Handel gebracht. Sie existieren jedoch in Amerika bereits zu Hunderttausenden und das Objekt bildet derzeit noch einen Verhandlungsgegenstand zwischen amerikanischen und schweizerischen Firmen.

* Ein Abenteuer auf See beschreibt der Kapitän Mambled vom Dampfer „Amoy“ in den „Südt. Anzeiger“ wie folgt: Es war am 6. Juni gegen 7 1/2 Uhr nachm. während der Reise von Schanghai nach Nanking bei gutem Wetter und ruhiger See, als wir eine schwimmende Mine sahten, die ich ansteuern ließ, in etwa 160 Meter Abstand voraushielt und vom Bug aus durch Windehütergelenken zum Sinken oder zum Aufsteigen zu bringen gedachte. Fahrgäste waren in Deckung und Rettungsboote klar zum Anabser. Nachdem ich etwa zehn Treffer auf die harmlos erscheinende rote Boje abgefeuert hatte und die Hoffnung auf ein großes Ereignis schon im Schwanden war, schlug die vernichtende Kugel durch. Ein Blitz, ein Kanonendonner, ein schredliches, geradezu unheimliches Getöse und Rittren durchs ganze Schiff, sowie eine maffig hohe Wasserfäule mit allerlei dunklen Stoffen demühtig verblüdete den Tod des gefährlichen Geschosses — besser gesagt, zeigte die Mut des so unsanft erwachten Meerestungeheuers, das sich blickeilich ein Jahr lang von sanften Meerestungen hatte wiesgen lassen. Durch das Aufsteigen der Mine fiel der Brückenkompaß ins Gehäuse, die Fenster in der Offiziersmesse wurden zertrümmert, Bilder fielen von den Wänden, alle Lampen im Maschinenraum erloschen und — die meisten Beobachter hielten mit einem blaffen Gesicht in Deckung. Trotz einer Wasserfäule von über 100 Fuß war die See vom Grunde auf wie tosend und die Oberfläche in einem Durchmesser von 200 Meter in Wallung. Wir ansterten für die Nacht und setzten am 10. Juli mit Tagesanbruch unsere Reise fort. Gegen 10 Uhr 45 Min. vormittags wurde wieder eine Mine gestrichelt, die ich ansteuern ließ und wie die getrigte beschloß. Leider reichte unsere Munition nicht aus, um sie zu zerstören, so daß wir unvorsichtiger Sache die Mine fortziehen mußten. Am 2. Juni war Nanking erreicht, wo wir neue Patronen zu erhalten hofften, aber nicht bekommen konnten, weil kein Vorrat mehr am Platze war. Nachdem unsere Bedung gelaundet war, traten wir am 12. Juni die Reise nach Schanghai an. Wie es einem Jäger ohne

Minne auf einem Spaziergang geradlinig geht, hat das Bild im Rückwärtigen nahe kommt, so ähnlich ging es uns. Am 18. Juni um 6 Uhr morgens fuhren unsere Kugeln gerade zwischen zwei etwa 200 Meter voneinander entfernten Minen durch. Die eine schrammte aufrecht mit der Spitze nach unten und ragte wie die früheren 12 bis 16 Zoll hoch aus dem Wasser, während die andere mindestens 15 bis 20 Zoll freibord hatte und etwas schräg lag, was von einer oben besessenen blühnen Seite herrührte. Sämtliche Minen, die wir gesehen (sechs an der Zahl) waren der Beschreibung nach japanische, die nicht eher aufstiegen, bis eine Kugel durch die ziemlich starke Boje schlug und Wasser einbringt, während russische Minen schon klagen sollen, sobald eine Luze abgeschossen ist, die bei erstern nicht vorhanden ist.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochen-schrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ally Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pfg., pro Monat 40 Pfg., pro Vierteljahr 1,20 Mark) ist jeden das 21. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glosse: Die Humen. — Das Volk des Hochverrats. — Wohnungskünste. — Ernst Deinhardt: Die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. — R. Streibhoff: „Slawianophilie“. — Eduard Dabst: Sozialdemokratische Briefe über Vaterlandsliebe. — Ludo Warig Hartmann: Das Volksbildungswesen in Wien. — Oda Döberg: Der Prozeß Murri. — Luigi Capriano: Das Schweißen. —

Der „Wahre Jacob“ hat jeden die 17. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Die Nummer bietet u. a. ein Porträt des verstorbenen Parteigenossen Dr. Curt Grottel mit einer kleinen biographischen Skizze über denselben. Der Preis der 18 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg. —

Bereine und Versammlungen.

Städtische Arbeiter.

Am 19. August fand die regelmäßige Monatsversammlung statt. Der Sekretär Weims hielt ein Referat über Arbeiterversicherung und empfahl den Zuhörern starke Organisationen zu schaffen, um den Arbeiter sich anzubauen. Die Versammelten bewiesen durch Beifallsbezeugungen, daß auch die städtischen Arbeiter wissen, von welchen Bergen die Hilfe kommt. Die Entlassung des Arbeiter-Ausflugmitglieds der Internenwärter Schulte wurde von sämtlichen Rednern verurteilt als ein Nachweis des Überbelehungsangriffes Wächter. Gewannter Herr hat eine starke Abneigung gegen eigene Arbeiterinteressenvertretung. Schon im Jahre 1902, als die Internenwärter ihre mehr als traurige Lage verbessern wollten, wurde die Eingabe an den Magistrat eingeleitet mit folgender Motivierung: Die Internenwärter haben an den Beratungen zwar teilgenommen, verweigern aber die Unterzeichnung aus Furcht vor Entlassung. Fragen wir uns aber: vor wem die Furcht? Die Behörde hat uns bisher nichts in den Weg gelegt. Aber denken wir einmal an die Debatten des Herrn Wächter, die fast alljährlich mit organisierten Internenwärters stattfinden. Sollte die Einstellung des besagten Internenwärters nicht stattfinden, so werden wir uns mit Herrn W. in einer Protestversammlung beschäftigen müssen. Alle Anwesende waren sich darin einig, daß dieser Punkt nicht ruhen soll, ehe die Angelegenheit zum Besten der Organisation erledigt ist. Schulte teilt mit, daß er 16 Jahre unbescholten, fleißig und eifrig als Internenwärter der Stadt treue Dienste geleistet habe. Jetzt habe ihn das Geschick ereilt, eine außerordentliche Übertretung zu begehen. Die Sühne ist mit 3 Mark Geldstrafe an die Kammerkasse vollzogen. Eine dienstliche Pflichtverletzung habe er nicht begangen; hauptsächlich sei gegen ihn vorgegangen worden, als er Arbeiterausflugmitglied wurde. Mehrere interne Angelegenheiten wurden durch andere Redner der Internenwärter zu Gehör gebracht. Vom Vorstand wurde darauf hingewiesen, daß jeder Arbeiter sich organisieren dürfe, denn das Kooperationsrecht gelte auch für die städtischen Arbeiter. Er erstattet den Gewerkschafts-Vorstand. Unter „Beschwerden“ weist W. die Angriffe W. zurück, welche in voriger Versammlung in seiner Abwesenheit erfolgt sind. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Hilfskassierer Protokolle vom letzten deutschen Gewerkschaftskongress zum Vertrieb übernommen haben; er erucht um rege Annahme. R. regt an, Sektionen zu bilden. Die weitere Aussprache bewies, daß eine Sektionsbildung hauptsächlich für die schwach organisierten Betriebe nicht in Betracht kommen könne. Der Vorsitzende ernaht zum Schluß noch die Mitglieder, neue Mitglieder zu werben.

Bereine-Kalender.

Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“, Magdeburg. Die Übungsstunde findet nicht am Mittwoch, sondern Donnerstag den 24. August statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonntag den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Gr.-Otterleben im Lokale von Fr. Strunp; Bezirk Döbenstedt im Lokale des Herrn Niebock; Branche der Elektromontiere im „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17; Branche der Installateure und Klempner bei Ed. Thiering, Tischlerstraße 28. Siehe auch Inserat heute und morgen. —

Briefkasten.

Drei Abonnenten. 1. Bismarck ist am 20. März 1890 „gegangen worden“. 2. Regierung Wilhelm 2. 3. B. wurde in einer Nachwahl im 19. hannoverschen Wahlkreis (Otterndorf-Neuhagen) im Jahre 1891 in den Reichstag gewählt. —

Für die Parteikasse gingen ein: Versammlung „Thalia“ 24,46. — Vereinskasse 180,00. — Für die Russen: 2. 34 5,35. 2. 42 10,00. —

Marktberichte.

Magdeburg, 22. August. (Kontliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 162—164, mittel 156—160, gering bis 145, do. Sommer, gut 162—166, mittel 155 bis 160, do. ausländischer gut 178—184. — Roggen unverändert, inländischer gut 145—148, mittel 139—143, ausländischer gut 155 bis 157. — Gerste unbestimmt, hiesige Chevalier gut 145—155, Land gut 138—145, Winter, gut 125—135, ausländ. Futtergerste gut 127 bis 128. — Hafer stetig, inländischer, gut 154—159, mittel 143 bis 148, ausländ. gut 142—152. — Mais unverändert, runder gut 131 bis 132, amerikanischer bunter gut 132—134. — Erbsen unbestimmt, hiesige Victoria, gut 170—185, mittel 155—165, do. grüne Folger, gut 175—190, mittel 150—165. — Raps ruhig, gut 205—220. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 22. August. (Städtischer Schlacht- und Viehmarkt.) Auftrieb 220 Rinder, 200 Kühe, 291 Schafvieh etc., 1041 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischig 36—38 M., b) junge fleischige und ältere ausgemästete 36—38 M., c) mäßig genährte junge und ältere 32—35 M., d) gering genährte jeden Alters 28—31 M. Bullen: a) vollfleischig, ausgemästete bis zu 5 Jahren 38—41, b) vollfleischig jüngere 33—37, c) mäßig genährte jüngere und ältere 32—34 M., d) gering genährte jüngere und ältere 27—31 M. Ferkel und Fähe: a) vollfleischig, ausgemästete Ferkel höchsten Schlachtwertes 38—41, b) vollfleischig Fähe bis zu 7 Jahren 33—35 M., c) ältere ausgemästete Fähe und wenig gut entwickelte jüngere Fähe und Ferkel 28—32 M., d) mäßig genährte Fähe und Ferkel 25—29 M.

Unzufriedene Kollegen.

Unter den Kollegen macht sich, wie beim Morning-Decker von seinem Korrespondenten gemeldet wird, infolge der Anordnung zum Polizisten eine steigende Unzufriedenheit geltend. Die Neuorganisation von sechs Regiments war nur möglich, nachdem man den Dienst der Verfertiger gegeben hatte, das sie zu dem in ihren Augen entehrenden Polizisten nicht verwendet werden sollten.

Wie zwei Kollegenoffiziere dem Korrespondenten versicherten, greift die Unzufriedenheit auch im Ural und selbst unter den russischen Kollegen immer mehr um sich. Das letzte Wort, das Rußlands Bureauverwalter sagte, drohte zu versagen; eine Katastrophe sei unvermeidlich.

Letzte Nachrichten.

Petersburg, 23. August. Die Reformpartei nahm eine Resolution an, worin erklärt wird, daß die Institution der Reichs- und Provinzialparlamente sei, um den Mißbrauch der Amtsgewalt zu verhindern. Als Mindestmaß wird eine Verfassung nach dem Muster der übrigen europäischen Staaten verlangt.

Sd. Moskau, 23. August. Tausende von Bauern aus den umliegenden Dörfern, in denen Hunger not herrscht, kommen nach Moskau, unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder. Die Not ist entsetzlich.

Sd. Petersburg, 23. August. Die Ernte aus der Winterhaat ist sehr schlecht, auch die Sommerhaat ist bedroht. Den Landwirten fehlt es an Saatgut, um ihre Felder zu besäen.

Sd. Petersburg, 23. August. Gestern explodierte in Pskow eine Bombe, wobei ein Haus völlig zerstört und zwei unbekannte Männer getötet wurden. Unter den Trümmern fand man noch 30 Bomben und mehrere Kilogramm Dynamit.

Sd. Petersburg, 23. August. Das Oberkriegsgericht hat das Todesurteil über den Finnländer Profsope bestätigt.

Sd. Warschau, 23. August. Die Telegraphenleitung zwischen hier und Tarsopol ist von den Streikenden zerstört worden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. August 1905.

Ein schlagfertiger Vorgehensplan der Betriebsleiter Herr Willendorf von der Werkfirma J. G. Hauswaldt zu sein. Am Sonnabend voriger Woche waren drei Arbeiter der Firma damit beschäftigt, Material von der neuen Fabrik nach dem alten Werke zu transportieren. Auf der alten Fabrik, wo Herr W. seinen Amtes waltet, angekommen, passierte es den Arbeitern, daß sie den gestrigen Herrn nicht frühzeitig genug bemerken und infolgedessen der üblichen Gruß unterblieb. Mit den Worten: „Ich soll Euch wohl die Mühen von Euren Schädeln herunterschlagen!“ trat Willendorf auf die Arbeiter zu. Einer der Arbeiter hatte denn auch Energie genug, sich eine derartige Behandlung ganz entschieden zu verweigern. Die Folge davon war, daß am Abend alle drei entlassen wurden. Am Montag begnadeten die Arbeiter Herrn W. auf der Straße. Als einer der Arbeiter fragte, warum seine Entlassung erfolgt sei, hatte W. nichts Gütigeres zu tun, als dem auf ihm Zutretenden einen Revolver entgegenzuhalten. Ob die Waffe geladen war, entzieht sich unfer Kenntnis. Daß die Firma, die sonst viel auf ihren guten Ruf hält, das Vorgehen solcher Vorgehenspläne nicht billigen wird, beweisen die Entlassungen. Wir können den Arbeitern der Firma nur raten, sich der Organisation des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter anzuschließen. Denn nur dadurch kann derartigen Vorgehensplänen beigebracht werden, wie sie sich gegenüber ihrer „Untergebenen“ zu benehmen haben.

J. Tod den Konsumvereinen, das ist wieder einmal die Parole. Unter der Führung des Gesamtverbandes Hamburg-Altonaer Gewerbevereine soll ein Schlag gegen die Konsumvereine ausgeführt werden, dem sie nicht standhalten werden. (?) Es soll durch ein eigenes, zu diesem Zweck geschriebenes Buch, welches in etwa 200 000 Exemplaren zu verlesen ist, ganz pöblich den Konsumvereinen das Lebenslicht ausgeblasen werden. Wie das nun einmal in der Welt ist, gehört zu allem Geld und wieder Geld! Und das scheint auch bei den Konsumvereinsmitgliedern das wenigste zu sein. Sie schwingen den Pfeilsack und schillern in bewegten Worten die Notwendigkeit der Ausführung ihres Planes, um die Welt von der Plage und Konkurrenz dieser „sozialdemokratischen“ Vereine zu befreien. Bisher konnten sich sechs Gewerbevereine mit etwa 1400 Mark beteiligt haben. Der Pfeilsack scheint sich also schlecht zu füllen, denn es werden auch Privatpersonen nicht verschont und für die Absicht der Konsumvereinsmitglieder zu interessieren versucht, vorerst mit sehr schlechtem Erfolg. Die Konsumvereine erkennen sich bei der geplanten Abschlagung bis jetzt noch sehr guter Gesundheit und werden sicherlich auch die Verteilung des Buches — dessen Erscheinen noch ziemlich fernliegt — sehr gut überleben.

Zum Bibliothekar und Gehilfen des Direktors des städtischen Museums ist Dr. H. Hagelstange vom Germanischen Museum in Nürnberg ernannt worden.

Die volkstümlichen Vorlesungen finden im kommenden Winterhalbjahr wieder in der Aula der Augustaschule (Vistemannstraße) statt. Der Zutritt zu den Einzelvorträgen an den Mittwochs-Abenden ist unentgeltlich. Das Programm für diese Vorträge, die pünktlich abends 8 1/2 Uhr beginnen, ist folgendes:

- 18. Oktober. Direktor Dr. H. Junga: Der Ursprung deutscher Geschlechtsnamen Magdeburgs. 1. November. Lehrer M. Klemann: Ameisen und Pflanzen. 15. November. Direktor Dr. Campe: Die ostelbische Kolonisation. 29. November. Oberlehrer E. Jacob: Aus Shakespeares Lustspielen. 13. Dezember. Lehrer Stolle: Magdeburg und das jüngste Deutschland (P. Konrad, J. Schlaf, D. E. Hartleben). 10. Januar. Oberlehrer Dr. abes: Aus dem Leben der Tiere unser Gewässer. 24. Januar. Professor Dr. Hegler: Aus der Geschichte der Märchen. 7. Februar. Oberlehrer Sehepand: Heimatgeschichtliche Bilder aus der Würde. 21. Februar. Oberingenieur Kiebmann: Die Entwicklung der Eisenbahn. 7. März. Oberlehrer Dr. Baumgarten: Die Elbe in Sage und Dichtung.

Für jede der drei Vortragsreihen, die Dienstags abends 8 1/2 Uhr stattfinden, ist je 50 Pfg. Einschreibegeld zu entrichten. Einschreibebücher liegen u. a. aus im Schulsekretariat des altstädtischen Rathhauses, Zimmer 6, in den Sekretariaten der Rathhäuser Eudenburg, Budan und Kaufstadt, in den Hauptexpeditionen der hiesigen Tagesblätter und in der Buchhandlung von E. F. Klop (Breitenweg 180). Die Einschreibegelder muß bei der Einschreibung gegen Empfangnahme einer Eintrittskarte entrichtet werden, die an den einzelnen Vortragsabenden beim Eintritt vorzulegen ist. Für diese Vortragsreihen ist folgendes Programm festgesetzt: 24., 31. Oktober, 7., 14. und 21. November — fünfjährig. Dr. phil. Otto Gramow, Dozent der Humboldt-Universität in Berlin: Philosophie des Zwecks. (1. Das Wesen der Zweckbetrachtung. 2. Der Zweck im Erkennen. 3. Wahrheit, Fiktion, Schein, Lebenszweck im Dienste des Zwecks. 4. Der Kampf um die Weltanschauung, Glauben und Wissen, Idealismus und Realismus, Optimismus und Pessimismus. 5. Der Zweck in der Selbstverwirklichung und Selbstverneinung.) 28. November, 5., 12. und 19. Dezember — vierjährig. Reichslehrer V. Scheffler: Die Strömungen in der modernen bildenden Kunst mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Kunst unter Vorführung von Lichtbildern. 16., 23., 30. Januar, 6. und 13. Februar — fünfjährig. Professor Dr. phil. Theo. Sommerlad, Halle a. S.: Die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.

Vorsitzender des Kuratoriums für volkstümliche Vorlesungen ist Stadtschulrat Dr. Frank.

Eisenbahnverwaltung und Arbeiterschaft. Unser preußische Eisenbahnverwaltung nimmt auf die aus der Arbeiterschaft geäußerten Wünsche im allgemeinen wenig oder gar keine Rücksicht. In Preußen nur die Klassen zu erwarten, die die erste und zweite Klasse in Anspruch nehmen. In Württemberg dagegen hat die

Eisenbahnverwaltung ein eminentes Interesse, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Die dortige Eisenbahn-Betriebsinspektion hat sich deshalb an das Arbeitersekretariat in Stuttgart gewandt und ihm den Entwurf des Fahrplans für das Winterhalbjahr 1905/1906 mit dem Bemerken übermittelt, im Voreinnehmen mit den Arbeitern zu verhandeln, ob und welche Änderungen nach dem im Winter üblichen Arbeitsverhältnisse notwendig seien. Obwohl ein solches Verlangen eigentlich ganz selbstverständlich sein müßte, zeigt aber doch der Umstand, daß wir es erwähnen müssen, wie unabhängig wir auf diesem Gebiete in Preußen noch sind.

Ueber den Aufenthalt auf der Plattform der Russischen Eisenbahn ist seit kurzem folgende Bestimmung zum § 23 der Eisenbahn-Betriebsordnung in Kraft getreten: Bei den auf den Gebirgsstrecken verkehrenden Russischen Eisenbahnen, deren Plattformen während der Fahrt durch Seitenkäfen abgeschlossen sind und über deren Stirnwandflächen Schilde mit der Aufschrift: „Der Aufenthalt auf der Plattform ist verboten“ nicht angebracht sind, ist den Reisenden der Aufenthalt auf den Plattformen gestattet.

Für welche Leute. Von der preussischen Eisenbahn-Verwaltung werden jetzt Kranken-Salonwagen eingeführt, und zwar vorläufig acht Stück, die in Altona, Charlottenburg, Köln, Elberfeld, Gmünd, Frankfurt und Wiesbaden stationiert werden. Für die Benutzung des Wagens sind, wie für andere Salonwagen, zwei Fahrkarten 1. Klasse erforderlich. Das Innere des Wagens ist in zwei Salonabteile sowie einen Dienstraum geteilt. Außerdem gibt es Wasch- und Toilettenabteile für Reisende und Frauen usw. In der Mitte der Hauptabteilung befindet sich ein besonderes Krankentisch, das auch als Tragbahren benutzt werden kann. Auch im zweiten Salonraum ist ein Bett für den Begleiter des Kranken aufgestellt.

Ueber Nahrungsmitteleinzelverkaufsstellen und Maßregeln zum Schutze der Gesundheit gehen der „Magdeburger“ folgende beachtenswerte Ausführungen zu, die wir vollständig wiedergeben: „Daß in manchen Läden, in denen Nahrungs- und Genussmittel feilgeboten werden, trotz aller behördlichen Maßnahmen in sanitärer Beziehung noch vieles zu wünschen übrigbleibt, davon kann man sich durch einen Besuch dieser Geschäfte leicht überzeugen. Es ist recht zweckmäßig, wenn die Männer ihre Frauen bei Einkäufen öfter begleiten, um selbst zu beobachten, woher Fleisch und Brot geholt werden. Allgemein bekannt sollte sein, daß die Fliegen die gefährlichsten Krankheitsverbreiter sind und das ekelregendste Ungeziefer sind, und daß sie von unfer Speise sorgfältig ferngehalten werden müssen. Und doch kann man sehen, wie in manchen Fleischläden, Wädeläden, Viktualienhandlungen usw. Schwärme von Fliegen gebildet werden, wie dort nicht geschieht, um diese lästigen Plagegeister zu beseitigen und die Waren vor ihnen zu schützen. In verschiedenen Läden ist vorgezeichnet, daß und welche Vorkehrungen zu treffen sind, um die Fliegen nach Möglichkeit zu vertreiben, und daß Fleisch, Butter, Käse, Butter, Brot, Kuchen usw. nur unter Drahtgittern aufbewahrt werden dürfen. Die Befolgung dieser Vorschriften wird überwacht und durch Strafen erzwingen. Die bald bevorstehenden Wahlen, in denen Unsauberkeit herrscht, werden täglich pünktlich kontrolliert. Diese Unsauberkeit haben sich die betreffenden Ladeninhaber kann selbst zuschreiben. Sie sollten solche Vorschriften nicht durch ihr Verhalten nötig machen.“

Eine weitere große Gefahr erwächst dem Publikum durch die Anwesenheit von Hunden in solchen Verkaufsläden. Nicht nur, daß Fleischhunde in Fleischläden geduldet werden, auch ein Teil des Publikums nimmt Hunde mit in Geschäfte, in denen Tiere mit den Nahrungsmitteleinzelverkaufsstellen in Berührung kommen können. Daß dies nicht nur unappetitlich, sondern direkt gesundheitsgefährlich ist, bedarf keiner Ausführung. Die Verzele weisen fortgesetzt auf die große Gefahr hin, die dem Menschen durch den Verkehr mit den Hunden infolge der Übertragung der Schinokokkus-Eier drohen, aber das große Publikum lehrt sich trotzdem wenig an diese Warnungen und mißachtet die Gefahr. Damit nicht aber auch andere, die sich von den Hunden fern halten, gefährdet werden, sind Vorschriften durchzuführen, die das Mitbringen von Hunden in Nahrungsmitteleinzelverkaufsstellen unbedingt bei Strafe verbieten, und die anordnen, daß Nahrungsmitteleinzelverkaufsstellen nicht vor den Läden und in den offenen Ladenräumen, sondern aufgestellt werden, daß auf der Straße frei umherlaufende Hunde sie verunreinigen oder mit der Schnauze erreichen können.“

Es ist ja schlimm, daß überall die Polizei dabei sein muß; aber in der Nahrungsmitteleinzelverkaufsstellen ist eine Kontrolle wirklich notwendig.

Zur Verschiffung der englischen Flotte, die vom 28. bis 31. August vor Swinemünde ankert, wird auch von Magdeburg ein Sonderzug fahren. Von allen bürgerlichen Blättern wird diese Nachricht mit Befriedigung gebracht. Derselben Blätter gerieten aber bei der Ankündigung der Fahrt des englischen Geschwaders aus dem Häuschen, fürchteten einen Angriff und verlangten Abwehrmaßnahmen der Regierung. Einige schlugen sogar diplomatische Schritte vor, um den Engländern das Manövrieren in der Nähe unserer Küste zu verbieten. Sie vergaßen dabei, daß unsere Flotte sonst halsbarte an andern Küsten macht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sah sich denn auch veranlaßt, folgenden kalten Wasserstrahl auf die Kriegstheater zu spritzen: „Das Erscheinen des englischen Geschwaders und der britischen Seekräfte stellt eine Erwidern der Besuche dar, die deutsche Kriegsschiffe im Laufe der letzten Jahre zu wiederholten Malen in englischen Häfen abgelandet haben. Die Verbesserung der betreffenden Seeflotte ist unsern Offizieren und Mannschaften jederzeit mit Achtung und Freundschaft begegnet, und die englischen Behörden haben es sich stets angelegen sein lassen, den Offizieren und Mannschaften unserer Kriegsschiffe den Aufenthalt angenehm zu machen, im Einklang mit den Verkehrsformen, die sich zwischen gesitteten Nationen als feststehender Brauch herausgebildet haben, und die in von fremden Schiffen besuchten Häfen fortgesetzt gelte werden. Nicht bloß der Wunsch der amtlichen Kreise in England und in Deutschland, sondern auch der Wunsch aller kühn denkenden Briten und Deutschen ist es, daß der Besuch des englischen Geschwaders dazu beitragen möge, die Achtung zwischen den Angehörigen der beiden großen Kulturvölker zu festigen. Wer dieser Ansicht, in welcher Form auch immer, entgegenarbeitet, begibt sich in den Dienst von Bestrebungen, die weder mit den Anforderungen des Völkerrechts noch mit der Stellung einer mächtigen Nation in Uebereinstimmung zu bringen wären.“ Eine andre Schreibweise hat also jetzt bei der gehorsamen Presse diesem englischen Flottenbesuch gegenüber eingehalten. Man empfiehlt die Verschiffung der englischen Flotte seinen Lesern. Vielleicht lassen sich die schaulustigen Steuerzahler durch den Anblick der englischen Flotte eher für eine Verstärkung unserer Flotte begeistern, ev. auch für die Zweck des Flottenvereins einlangen.

Aus dem Volkstheater. Wegen Bogislawwunders und Unterschlagung wurden der angeblische Kaufmann Paul Schöber aus Wetzlar und der angeblische Schauspieler Rudolf Dehler aus Weitzen verhaftet. Sie sollen bei dem Kaufmann mit Fleckwasser auch Gelegenheitsdiebstähle ausgeführt haben. — Der Schneider Ernst F. aus Vertrie wurde wegen Unterschlagung eines Fahrrad verhaftet. — Aus einem Restaurant in der Kaiserstraße wurden am Sonntag zwei Birkardbälle gestohlen. Der Täter ist ermittelt.

Die größten Krankenkassen. Von den zwölf größten Ortskrankenkassen des Reichs befinden sich drei in Berlin, je eine in Leipzig, München, Dresden, Frankfurt, Stuttgart, Chemnitz, Braunschweig und Charlottenburg. Die größte Kasse ist die in Leipzig mit 154 807 Mitgliedern. Auf die Rassen in München und Dresden mit je etwas mehr als 96 000 Mitgliedern folgt die Ortskrankenkasse für Kaufleute in Berlin mit 90 442 Mitgliedern. Die Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. hat 82 000, die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin 77 387 Mitglieder. Es folgen die Allgemeinen Rassen in Stuttgart mit 65 000, Chemnitz 53 000, Braunschweig 38 000, Barmen 32 000 und Charlottenburg 29 000 Mitglieder. Die Ortskrankenkasse für Schneider in Berlin hat 28 850 Mitglieder.

Selbstmord. Der noch ledige Drogist W. A. F. aus der Reustadt, der zuletzt in Wittstock in Stellung war, ließ sich in der

Walden bei Wetzlar von einem ...

Folge Drahtbesten ...

Waldkonzert. Am Montag den 28. August ...

Kleine Chronik.

Das Recht der Mutter auf ihr Kind.

Im Keller des linken Seitenflügels im Hause Bahnhofsstraße 15 in Berlin wohnte seit längerer Zeit der Kohlenarbeiter Dankrecht mit seiner Familie, die aus seiner Frau, fünf Kindern im Alter von 4 Monaten bis zu 7 Jahren und der Großmutter besteht. Die „Wohnung“ umfaßt zwei kleine Zimmer und ein Verlies. Die Räume sind eng, niedrig und dunkel. Die Zustände in der Wohnung waren so entsetzlich, daß sich die Polizeibehörde veranlaßt sah, einzuschreiten, um die Kinder, deren Gesundheit arg litt, vor dem Schlimmsten zu bewahren. Am Mittwoch erschienen mehrere Beamte, welche die fünf Kinder abholten und in einem Kinderheim unterbringen wollten. Die alte Großmutter fiel in Ohnmacht, als sie vernahm, um was es sich handelte. Frau D. sträubte sich erst gegen die Wegnahme der Kinder, gab aber schließlich nach, doch als die Beamten auch den Säugling, den sie noch selbst nährte, herausforderten, weigerte sie sich energisch. Die wacklige Menschenmasse hatten sich inzwischen auf dem Hof und vor dem Hause angesammelt. Neuerdings kamen die Beamten wieder, um den Säugling zu holen. Die Mutter war nicht anwesend. Sie kränkelte und hatte sich nach der Krankenpflege gegeben. In dem Augenblick, als die Beamten das Kind aus dem Wagen nehmen wollten, kam Frau D. wieder zurück. Sie bat und flehte, ihr wenigstens das Kleinkind zu lassen, und gab es schließlich den Beamten als am Tage vorher. Es gelang den Beamten schließlich, die Mutter zu überreden, selbst mit nach dem Säuglinggeheim zu gehen. Frau D. tat dies auch, weigerte sich in dem Heim jedoch, sich von dem Kind zu trennen. Man wandte sich an den Waisenrat und die Mutter erhielt später den Bescheid, daß sie ihren Säugling vorläufig zurückhalte.

Zu der Explosion in Breslau.

Montag abend ist auch das fünfte bei der Explosion in der Halberstraße verunglückte Opfer, der Ingenieur Valzart von der Gasmotorenfabrik Deutz, gestorben. Nach Aussage des einzig überlebenden Augenzeugen, des Maschinenführers, der nur leicht verletzt ist, hat Ingenieur Schomburg, dem die Färbung des Motors verlagte, angeblich aus einer Kanne Benzol in den Zylinderkopf gegossen, worauf plötzlich die Explosion erfolgte.

Ertrunken.

Ein Kanonier des 8. Infanterie-Regiments in Metz verlor beim Baden, ein Kamerad sprang ihm nach, verlor aber, von dem andern unklammert, ebenfalls. Ein Sergeant, der beide retten wollte, wurde mit großer Mühe wieder ans Land gebracht; die andern beiden ertranken. — Beim Baden in der See ertrank in Danzig der Steuersekretär Friedrich Geste aus Stettin.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf dem Bergwerk Nordfeld bei Reumticken, wo erst vor kurzem vier Franzosen ums Leben kamen, hat sich ein neues Unglück ereignet, bei dem drei Arbeiter getötet wurden.

Den Bruder erschossen.

In Uckermark bei Kragau hauierte der 20jährige Hermann in Anwesenheit seines jüngeren Bruders mit einem geladenen Revolver. Plötzlich entlud sich die Waffe. Der Schuß traf den jüngeren Bruder ins Herz und tötete ihn sofort. Der ältere Bruder wurde vor Schreck ohnmächtig. Er ist verhaftet worden.

Ein merkwürdiger Befehl.

Der „Prophet“ Dovic, der Begründer von Zion City, hat an seine Anhänger einen Befehl erlassen, wonach jede gläubigste Familie jedes Jahr einen Zuwachs von mindestens einem neuen Erdenbürger zu erhalten verpflichtet ist. Wenn Zion City nun nicht bald Weltstadt wird!

Das gelbe Fieber.

In New Orleans sind 61 neue Fälle von gelbem Fieber vorgekommen, davon 9 mit tödlichem Ausgang. In dem am Flußlauf gelegenen Kirchspiel Saint-Marie sollen 100 Erkrankungsfälle vorgekommen sein. Auch wird von 23 neuen Fällen aus der weiteren Umgebung berichtet.

Kleine Tageschronik. Nach dem Genuß giftiger Pilze erkrankte die Familie des Gärtners Frank in Weigowig bei Ohlau. Der Mann ist bereits gestorben. — In Warten bei Dortmund feuerte bei einem Rencontre mit einigen jungen Leuten ein Polizist einen vermeintlichen Schreckschuß aus seinem Revolver ab. Der Schuß tötete aber den jungen Bergmann Sasse.

Letzte Nachrichten.

* Göttingen, 23. August. Der Magistrat bereitet gemeinshaftlich mit den hannoverschen Städten eine Eingabe an die Regierung wegen Anhebung der Fleischnot vor.

Sd. Frankfurt a. M., 23. August. Die Stadtberordnetenversammlung nahm einen Antrag an, bei der Regierung um Deckung der Grenzen für lebendes Vieh und um Anhebung der Böse für Fleisch und Futtermittel vorstellig zu werden.

* Dortmund, 23. August. Die Polizei löste eine zahlreich besuchte Versammlung der Polen in Castro auf. Dem Vorstand des dortigen polnischen Turnvereins war die Feier eines Turnfestes verweigert. Der Vorstand lud deshalb die benachbarten gleichgesinnten Vereine zu einer Namenstagsfeier ein, die jedoch bald in heftige Angriffe gegen die Regierung ausartete und deshalb (1) aufgelöst wurde.

Sd. Paris, 23. August. Faluzot wurde gestern ...

Sd. Budapest, 23. August. Sämtliche ...

Sd. Hamburg, 23. August. Die ...

H. Lublin

Mittwoch **ca. 50,000 Meter Baumwollwaren** Mittwoch
 Donnerstag **ca. 50,000 Meter Baumwollwaren** Donnerstag

ca. 3500 Meter	Hemdentuch	Meter	14	22 $\frac{1}{2}$
ca. 10000 Meter	Hemdenbarchent	zweiseitig gerauht, Ia.	Meter	25 Pf.
ca. 20000 Meter	Hemdenbarchent	einsseitig gerauht, Röper	Meter	33 Pf.
ca. 2000 Meter	Linon	weiß, Gifinger Qualität, 82/84 cm	Meter	30 Pf.

2000 Meter	Bettdamaste	weiß	84 cm, zu Rippen	130 cm, zu Bezügen
			37 $\frac{1}{2}$	45

6000 Meter	Macco-Ersatz	82-84 cm	10 Meter	20 Meter
		Coupon breit	4.60	9.00

ca. 300 Meter	Linon	zu Bezügen und Laten, 130 cm breit	Meter	48 Pf.
ca. 300 Meter	Dowlas	zu Bezügen und Laten, 130 cm breit	Meter	48 Pf.
3000 Meter	kariert Bettzeug	82 cm breit, prima	Extra-Preis Meter	33 Pf.
ca. 2000 Meter	Zulett	uni rot und rot/rosa gestreift, 80 cm breit	Meter	33 Pf.
ca. 200 Meter	Zulett-Stout	gestreift, ca. 80 cm breit	Meter	39 Pf.
ca. 1000 Meter	Cretonne	zu Bezügen, 80 cm breit	Meter	33 Pf.
ca. 1000 Meter	Satin Augusta	prima, 80 cm breit	Meter	42 Pf.

300 Meter	Schürzen-Doppeldruck	mit kleinen Webfehlern	regulär 67 $\frac{1}{2}$, fest	45 Pf.
200 Meter	Schürzen-Warp	gestreift, ca. 80 cm breit	Meter	33 Pf.
1000 Meter	Kleider-Gingham	ca. 60 cm breit	Meter	25 Pf.
5000 Meter	Kleider-Velour	erhöhte neuße Dessins	Meter	46 Pf.

Ein Posten **Lama-Noppés zu Hauskleidern** 90 cm breit Extra-Preis Meter **55** Pf.
 Ein Posten **Lama-Blusenstoffe** neuße Muster Extra-Preis **50** **58** Pf.

Ein Posten	Imit. Halbtuche	zu Hauskleidern, 75 cm breit	<u>Extra-Preis</u> Meter	37$\frac{1}{2}$ Pf.
Ein Posten	Loden	zu Hauskleidern, prima, 90 cm breit	<u>Extra-Preis</u> Meter	44 Pf.

Ein Riesenposten Reste u. Abschnitte
 Hemdentuche, Linon, à jour-Stoffe, Schürzenzeuge
 Waschstoffe zu Blusen und Kleidern

Handtücher		Handtücher		Taschentücher	
Weiße Dreil-Handtücher	1.65	Graue Dreil-Handtücher	1.45	Linon-Caschentücher „Universal“	75
38/60 <u>Extra-Preis</u> Dhd.		38/60, mit roten Streifen <u>Extra-Preis</u> Dhd.		Linon-Caschentücher Ia.	95
Weiße Dreil-Handtücher	2.30	Graue Dreil-Handtücher	2.10	Böhmische Batist-Caschentücher	2.00
40/100, feilig gestreift <u>Extra-Preis</u> Dhd.		37/100, mit roten Streifen <u>Extra-Preis</u> Dhd.		kariert <u>Extra-Preis</u> Dhd.	
Weiße Dreil-Handtücher	3.35	Graue Dreil-Handtücher	3.00	Wischtücher kariert	
48/110 <u>Extra-Preis</u> Dhd.		48/105, $\frac{1}{2}$ Zäuna <u>Extra-Preis</u> Dhd.		32/52 47/47 52/52	
Weiße Jacquard-Handtücher	3.90	Graue Dreil-Handtücher	4.50	<u>Extra-Preis</u> Dhd. 0.60 1.45 1.75	
28/110 <u>Extra-Preis</u> Dhd.		50/110, $\frac{1}{2}$ Zäuna <u>Extra-Preis</u> Dhd.		Staubtücher (Leder-imitation)	
Weiße Jacquard-Handtücher	4.50	Graue Gerstenkorn-Handtücher	3.00	40/40 45/45 50/50	
48/120 <u>Extra-Preis</u> Dhd.		48/105 <u>Extra-Preis</u> Dhd.		<u>Extra-Preis</u> Dhd. 1.00 1.25 1.50	
Weiße Jacquard-Handtücher	6.60				
48/120, feilig <u>Extra-Preis</u> Dhd.					